

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Winter 2019/2020  
Nr. 206, 48. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



## Strukturwandel in der Industrie Digitalisierung – Fluch oder Segen?

Im Frühjahr des Jahres sind wir bereits auf den im Oktober stattgefundenen Gewerkschaftstag der IG Metall eingegangen. Damals lagen die Entschließungen, Leitanträge und Anträge noch nicht vor. Inzwischen sind sie verabschiedet. Zwar ist uns im Moment nicht bekannt, welche Änderungen der Gewerkschaftstag beschlossen hat, doch ist erfahrungsgemäß davon auszugehen, dass grundsätzliche Veränderungen der Entschließungen und Leitanträgen nicht erfolgt sind.

Wie das bereits in dem Debattenpapier, der Diskussionsgrundlage für die Mitgliedschaft, angekündigt war, sollte das beherrschende Thema des Gewerkschaftstages die tiefgreifende Umgestaltung der industriellen Produktion und Dienstleistungen durch neue Technologien und Mobilitätskonzepte sein.

Die OECD geht in ihrem Ausblick für dieses Jahr davon aus, dass durch die Digitalisierung der Industrie rund 18 Prozent der Arbeitsplätze weg-

fallen könnten und rund 36 Prozent der Arbeitsplätze sich stark verändern können. In diesem Jahr gab es in der BRD laut Statistischem Bundesamt rund 35 Millionen sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige. Sollten wirklich 18 Prozent der Arbeitsplätze der Rationalisierung zum Opfer fallen, wären davon rund 6,3 Millionen Beschäftigte betroffen. Eine

Zahl, die zweifellos zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen würde.

Die Metall- und Elektroindustrie ist die dominierende Industriebranche in Deutschland und deshalb von diesem Transformationsprozess besonders stark betroffen. Von daher ist es nur selbstverständlich, dass der

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Digitalisierung – Fluch oder Segen?	1
In eigener Sache, Impressum	2
AfD-Parteitag in Braunschweig	7
Zum 70. NATO-Jubiläumsgipfel unter Misstönen	9
Die soziale Explosion in Chile	13
Lateinamerika – Abgewürgte Aufbrüche	18
Unsere Jahreskonferenz	20
Zur Lage der Gruppe	22
Noch kein Brexit – dafür Parlamentswahlen	24
Laut zu sagen, was ist ...	25
Die Welt in Bewegung	29

## In eigener Sache

Ende Oktober hielt die „Gruppe Arbeiterstimme“ in Nürnberg wieder ihre Jahreskonferenz ab, mit Referaten und Diskussionen. Es ging auch um unsere Arbeit unter für linke Politik immer schwierigeren Bedingungen und um die Lage der Gruppe. Wir berichten darüber in dieser Nummer.

Bei den Landtagswahlen in der ehemaligen DDR hat die Partei Die Linke schwere Verluste hinnehmen müssen. Sie befindet sich in einer tiefen Krise. Der Streit über den weiteren Weg entzweit nun die Partei. Zu jenen, die an den alten marxistischen Grundsätzen festhalten wollen, gehörte schon immer Genosse Ekkehard Lieberam, mit eindeutigen Positionen. Wir drucken seine Einschätzung der Partei Die Linke nach, die zuerst in der jungen Welt erschienen ist.

Über den Parteitag der AfD berichtet ein Genosse aus Bremen; im letzten Moment erreichte uns auch noch ein Bericht über die NATO-Tagung in Paris.

Auf die Hintergründe der verworrenen Lage in Lateinamerika gehen wir mit einem Nachdruck aus dem Freitag ein. In den vielen Ländern, die nun immer mehr von Unruhen ergriffen werden, steht in Bolivien nach dem Putsch und in Chile, dem zeitweisen „Paradeland“ des Neoliberalismus, viel auf dem Spiel. Die weitere Entwicklung in Chile hat unser besonderes Interesse. Ein Genosse, der das Land kennt berichtet darüber.

Vor den entscheidenden Wochen in Großbritannien, in denen ein neues Parlament gewählt und über den Brexit bestimmt wird, gibt unser englischer Genosse uns nochmal nähere Informationen dazu.

In der Innenpolitik sind einige Entscheidungen gefallen, andre stehen noch aus. Das wird Thema in der Frühjahrsnummer sein. Vieles ist in der Schwebe. Das war politisch auch auf dem IG-Metall Kongress zu spüren, wie auch die Gewerkschaftspolitik den technischen Umwälzungen in der Produktion nun mehr Rechnung tragen muss. Wir berichten.

Weite Teile der Welt sind politisch im Umbruch und das in einem Ausmaß wie lange nicht mehr. Die Bewegungen sind heterogen und die Resultate sind unbestimmt. Ein Überblick in diesem Heft.

Eine Leserzuschrift über die CO<sub>2</sub>-Bepreisung rundet die Nummer ab.

Übrigens: Am 30.11. haben allein in Deutschland über 600.000 Menschen für „Klimagerechtigkeit“ demonstriert; vor allem Jugendliche und Kinder!

Wir danken allen ABO-Zahlern und Spendern herzlich. Nachdem die Unkosten weiter gestiegen sind und vor allem die Post die Preise rigoros erhöht hat, sind wir auf finanziellen Beistand angewiesen und für jede Unterstützung dankbar.



### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
M. Derventli, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach  
910307 90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Gewerkschaftstag der IG Metall sich intensiv mit dem Thema beschäftigte; geht es doch für die Gewerkschaft bei diesem Strukturwandel ums Eingemachte.

### Ein dramatisches Szenario

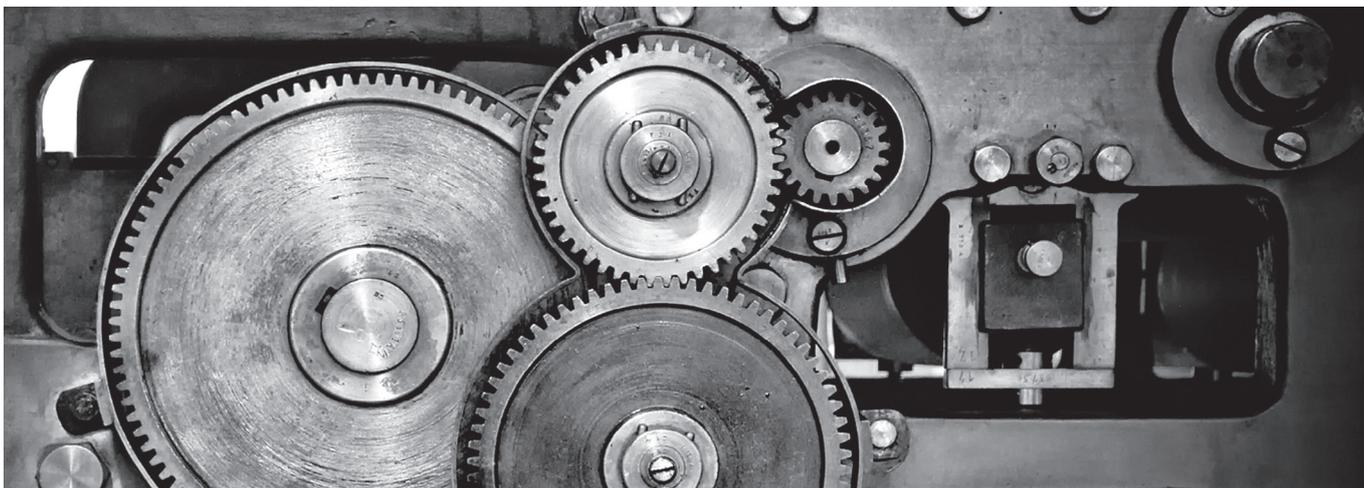
In der Vorstandsentschließung Nummer I werden zwei Szenarien entwickelt. Ein positives Szenarium und ein negatives. Das will man allerdings verhindern. Grundsätzlich

Die Folge wäre eine drastische Abstiegs spirale. So würde die deutsche Industrie die Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Steuereinnahmen sanken und Investitionen im sozialen Bereich würden eingeschränkt. Zeitgleich kommt es zu weitreichender Deregulierung der Industriearbeit, verbunden mit dem Sinken der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste um rund 10 Prozent im Vergleich zu 2019 inflationsbereinigt. Und schließlich stellt die Entschließung fest: „Durch die Schwäche der Industrie, einhergehend mit der Digitalisierung, hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Industrie halbiert“.

Die Folgen für die IG Metall wären beim Eintreten dieses Szenarios dramatisch. Sie würde gleichermaßen von diesem Abwärtsstrudel erfasst. Die Verfasser des Antrags rechnen

„Gestaltungsmacht in Betrieben und Gesellschaft behalten, kann es uns gelingen, die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines sozialen Fortschritts zu gestalten, der mit dem technologischen Fortschritt einhergeht“.

Den Schlüssel zu mehr Einfluss auf den Transformationsprozess sieht die Gewerkschaft in der Tarifpolitik, insbesondere in der Arbeitszeitpolitik. So sollen weiterhin Arbeitszeiten durchgesetzt werden, die den Bedürfnissen der Mitglieder gerecht werden. Das heißt, es soll wie beim letzten Tarifabschluss Wahloptionen und weitergehende Arbeitszeitmodelle geben. Diese könnten auch einfließen in eine von der IG Metall initiierte Bildungsoffensive. Durch Tarifverträge sollen Qualifizierungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit geschaffen werden, um die Mitglieder und Be-



wird in dem Papier der Anspruch erhoben, „dass technischer Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden muss. Dies verlangt, dass Rationalisierungsgewinne der Transformation in gute Arbeit investiert werden. Es geht um Verteilungs- und Gestaltungsfragen“. Und damit letztlich um Durchsetzungskraft und -macht. Wäre diese nicht vorhanden, würde das negative Szenarium Realität. Die Grundprämisse ist hier, dass der Organisationsgrad sinkt und „wir in der Breite der Betriebe noch nicht handlungsfähig (sind), um den Transformationsprozess so zu gestalten, dass der technische Fortschritt zugleich sozialer Fortschritt ist. Wenn wir diese Entwicklung nicht verändern, können wir im Jahr 2030 aufgrund fehlender Gestaltungsmacht, damit konfrontiert werden, dass notwendige technologische Innovationen aufgrund kurzfristiger Profitinteressen versäumt wurden“.

damit, dass die Gewerkschaft in diesen zehn Jahren mehr als 800.000 Mitglieder verliert, dass sie ihre Handlungs- und Gestaltungsmacht verliert und nur noch in einzelnen Berufsgruppen die Arbeitsbedingungen regeln kann; dass sie somit zu einer Art „Lokführergewerkschaft“ wird.

### Den Transformationsprozess gestalten

Aufgehoben wird das düstere Zukunftsbild durch das positive Szenarium, in dem es der IG Metall gelingt, massiv Einfluss auf den Transformationsprozess zu bekommen.

In der Entschließung heißt es deshalb:

„Wenn wir es unmittelbar schaffen, unsere Arbeit so weiterzuentwickeln und zu verändern, dass wir unsere Ge-

legschaften auf die Herausforderungen der Transformation vorzubereiten. Zusätzlich will man auch mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und Belegschaften.

### Sozialpartnerschaft und Verantwortung

Und schließlich stellt die Entschließung fest:

„Die deutsche Industrie konnte sich im globalen Wettbewerb erfolgreich positionieren und in mehreren Schlüsseltechnologien Marktführer bleiben bzw. werden – auch dank eines guten staatlichen Bildungssystems und motivierter Beschäftigter“.

Hier haben wir einmal mehr das Angebot zur Sozialpartnerschaft. Offensichtlich geht man davon aus, dass die Probleme durch die Digi-



talisierung der Arbeitswelt und des ökologischen Umbaus der Wirtschaft so groß sind, dass sie nur durch die Kooperation von Kapital und Arbeit bewältigt werden können. In der Entschließung II zur Gesellschaftspolitik heißt es deshalb: „Wenn die Konsequenzen (der Transformation durch die Digitalisierung) nicht in den Blick genommen werden, wird die Transformation zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe. Die IG Metall ist davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Transformation gelingen kann, wenn alle gesellschaftlichen Akteure ihrer Verantwortung nachkommen. Wir haben klare Forderungen an die Arbeitgeber und konkrete Erwartungen an den Gesetzgeber. Wir wollen das demokratische Miteinander stärken, den Beschäftigten Sicherheit geben, wir wollen wirtschaftliche Perspektiven schaffen und jedem Selbstbestimmung ermöglichen“.

Die gesellschaftlichen Akteure sollen also ihrer Verantwortung nachkommen. Nur, was ist das denn: die gesellschaftliche Verantwortung, beispielsweise der Unternehmer, oder die der Regierenden? In einem weiteren Absatz derselben Entschließung stellen die Verfasser fest:

„Unsere Gesellschaft ist heute so gespalten und polarisiert wie lange nicht. Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat eine verfestigte, soziale Ungleichheit geschaffen“.

Richtig! Doch wer ist für diese Entwicklung verantwortlich? Es waren doch die Regierenden, welche die Hartz-IV-Gesetze geschaffen haben, die dafür gesorgt haben, dass massenhaft Leiharbeit möglich wurde und Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaften gespalten wurden. Und es waren die Unternehmer, die das von den Regierenden gefordert haben und es anschließend willig, im Interesse des Profites, umgesetzt haben.

Es ist deshalb eine Illusion, zu erwarten, dass das Kapital und seine Regierung von sich aus irgendwo eine gesellschaftliche Verantwortung sieht und Maßnahmen einleitet, die dem Willen der IG Metall entspre-

chen. Wenn sich die Unternehmer in Richtung der IG Metall-Forderungen bewegen, dann tun sie das, weil sie das müssen, weil sie dazu gezwungen werden. Und das geschieht nicht mit Hilfe der Sozialpartnerschaft, sondern mit ihrem Gegenteil.

### Der Transformationsprozess hat begonnen

Doch betrachten wir zuerst einmal den Stand der Digitalisierung in den Betrieben: Die IG Metall hat im Vorfeld des Gewerkschaftstages eine Betriebsrätebefragung durchgeführt, also eine Art Bestandsaufnahme gemacht. Und es zeigt sich eindeutig – die Digitalisierung hat in vielen Betrieben Einzug gehalten. Sie steht zwar erst am Anfang, doch ist klar, die Transformation der industriellen Produktion hat begonnen.

Die Beschäftigungsentwicklung in den nächsten vier Jahren wird von den Betriebsräten unterschiedlich eingeschätzt. Ein Drittel der Betriebsräte rechnet damit, dass die Belegschaftszahl sinkt. Dabei ist ein eventueller Arbeitsplatzabbau durch die Konjunktorentwicklung nicht berücksichtigt. Von Personalabbau betroffen sind die Bereiche Fertigung, Montage, Administration, der technische Kundendienst und die betriebliche Logistik. Hier bestehen die größten Möglichkeiten, Arbeitsplätze durch die neue Technologie wegzurationalisieren. Im Bereich von Forschung und Entwicklung, IT und Software-Entwicklung dagegen rechnen die Betriebsräte mit einem Personalaufbau.

Besonders kritisch wird die Lage von den Betriebsräten in der Auto- und Zulieferindustrie eingeschätzt. Deutlich mehr als die Hälfte geht von einem Arbeitsplatzabbau aus und lediglich acht Prozent der Betriebsräte erwarten in dieser Branche zusätzliche Arbeitsplätze. In diesem Produktionssegment gibt es viel kleine und mittelständische Betriebe, häufig auch kapitalschwache. Sie produzieren Komponenten für Verbrennungsmotoren. Diese Betriebe könnten im Verlaufe der Umstellung auf Elektromotoren, so die Befürchtung der Betriebsräte, auch ganz auf der Strecke bleiben. So schreibt die FAZ (19.8.2019):

„Eins zu zehn, so kalkuliert beispielsweise Bosch, der umsatzstärkste Automo-

bilzulieferer der Welt. Soll heißen: Wofür in der Welt der Verbrennungsmotoren bis zu zehn Mitarbeiter benötigt werden, braucht es künftig einen einzigen.“

Gleichfalls negativ eingeschätzt wird die Situation in der Stahl- und Aluminiumindustrie, ebenso in Gießereien und Schmieden. Im Industriebereich Maschinenbau und Elektrotechnik halten sich dagegen positive und negative Erwartungen die Waage.

### Oft fehlt eine Unternehmensplanung

Es ist schwierig, die Einschätzung der Betriebsrätebefragung zu bewerten. Denn offensichtlich stützten sich die Betriebsräte nicht unbedingt auf konkrete Informationen und Zahlen der entsprechenden Unternehmensleitungen. Auf der anderen Seite liegen die Einschätzungen von Betriebsräten oft näher an der Realität als die ihrer Geschäftsführungen. Die IG Metall-Untersuchung zeigte nämlich, dass in vielen Chefetagen eine langfristige Unternehmensplanung unbekannt ist.

Vielmehr ist Kurzfristdenken und –handeln angesagt. So berichten die Betriebsräte in nur 18 Prozent der Betriebe, dass es im Unternehmen eine Strategie zur anstehenden Digitalisierung der innerbetrieblichen Abläufe gibt. In 19 Prozent der Betriebe gibt es Überlegungen für Teilbereiche des Unternehmens. Im Rest der Betriebe wird offensichtlich vor sich hin gewurstelt. Das ist eine Haltung von Unternehmensführungen, mit der Betriebsräte häufig konfrontiert werden. Sind genügend Aufträge vorhanden, läuft der Betrieb rund. Dann scheint alles zu stimmen, denn die Profite sprudeln. Brechen die Aufträge weg, aufgrund konjunktureller oder struktureller Ursachen, dann reibt man sich verwundert die Augen und versucht, sich auf Kosten der Belegschaften zu sanieren oder geht sogar in die Insolvenz.

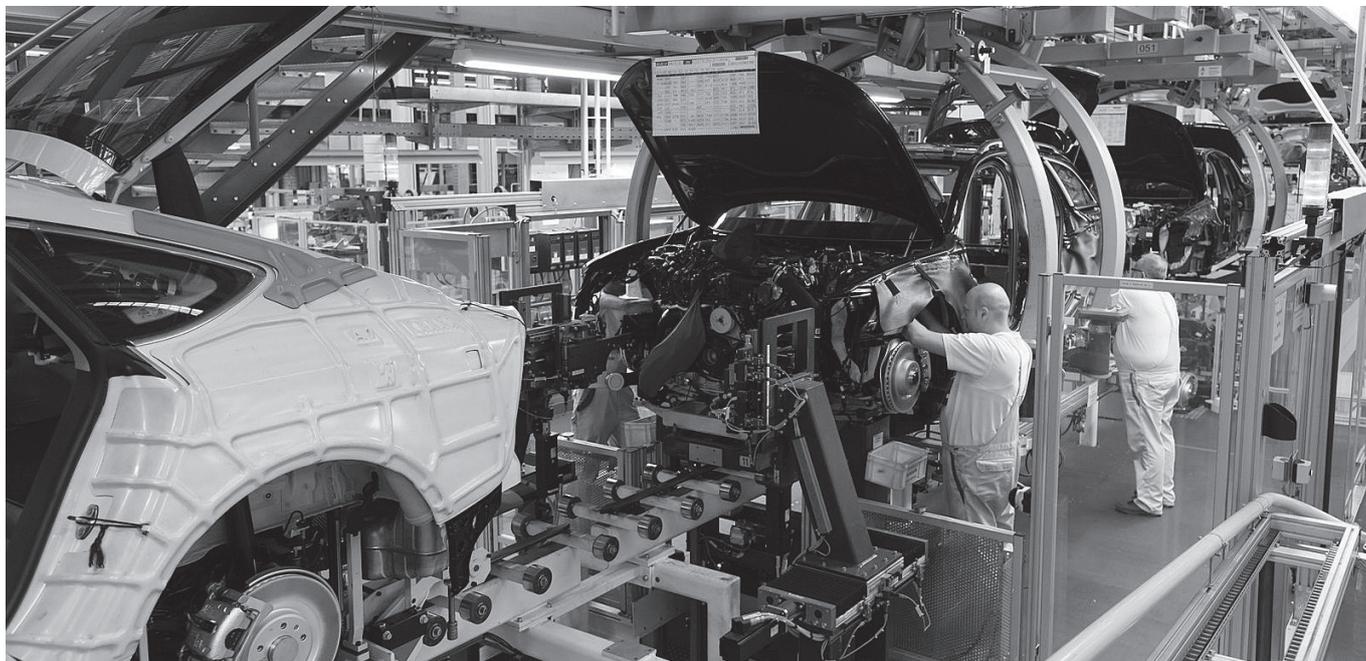
Schließlich berichten die Betriebsräte in 72 Prozent der Fälle, dass die Beschäftigten über die möglichen zukünftigen Änderungen ihrer Arbeitsplätze nicht informiert werden und informiert sind. Die Betriebsräte selbst wissen aber auch nicht wesentlich mehr. Nur in 52 Prozent der Be-



triebe findet die rechtzeitige Information zur betrieblichen Planung statt. Nach dem BetrVG muss eine solche zwingend bereits im Planungsstadium seitens des Unternehmers stattfinden. Klar ist natürlich, wenn es keine Planung gibt, kann es auch keine Informationen geben. Aber dieser Zustand ist auch dort an der Tagesordnung, wo der Unternehmer konkret plant, wie das die Befragung zeigt.

der Betriebsräte und Vertrauensleute und durch flankierende Maßnahmen der Bundesregierung. Konkret heißt das, dass man mehr Einfluss auf die jeweilige Politik der Unternehmen durchsetzen will. So werden Vereinbarungen angestrebt, die Standort-sicherung und Kündigungsschutz beinhalten. Auch sollen Vereinbarungen getroffen werden über mittel- und langfristige Investitionen in neue Produkte. Von der Bundesregierung wird gefordert, den Wandel mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu unterstützen. So wird beispielsweise ein Transformations-Kurzarbeitergeld gefordert. Außerdem sollen Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen eingedämmt werden.

wirklich von der Sozialpartnerschaft halten. Nämlich nichts! Hier sind nicht nur einige „wildgewordene Elemente“ am Werk, sondern es handelt sich beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall wohl um Überlegungen grundsätzlicher Art. Deren Präsident Rainer Dulger droht offen mit „dem Ende des Flächentarifvertrages“, sollten die Lohnansprüche nicht zurückgeschraubt und Arbeitszeitverkürzung weiter vorangetrieben werden. Selbst den gesetzlichen 8-Stunden-Tag will man „reformieren“. Die Arbeitgeberverbände fordern hier eine uneingeschränkte Öffnung und flexible Wochenarbeitszeit-Modelle. Und selbstverständlich wird die Ausweitung der Mitbestimmung durch Betriebs-



Und die Betriebsräte lassen sich das oft gefallen. Dabei könnten sie diese Information erzwingen. Dafür müssten sie allerdings zum Konflikt bereit sein. Aber in vielen Fällen will man es sich nicht mit der Geschäftsführung verderben. Soviel zur konsequenten Interessenvertretung durch manche Betriebsräte.

### Mehr Mitbestimmung

Die IG Metall hat also den Anspruch, wie schon angeführt, den digitalen Transformationsprozess mitzugestalten, denn der technische Fortschritt soll ja auch sozialer Fortschritt werden.

Erfolgen soll das mit Hilfe der Tarifpolitik, durch das aktive Eingreifen

### Wachsende Aggressivität der Unternehmer

Die IG Metall begibt sich mit diesen Plänen auf ein schwieriges Terrain. Nicht nur, dass sie in ihrer Betriebspolitik erhebliche Defizite hat, sie hat auch einen Gegner, der zunehmend aggressiver wird. Die Flächentarifverträge in allen Branchen geraten immer mehr unter Druck. Waren 1996 noch 70 Prozent der Beschäftigten im Westen und 56 Prozent im Osten durch Tarifverträge geschützt, so sind es heute laut IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit) nur noch 49 bzw. 35 Prozent. Mit dieser Politik zeigen die Unternehmer ihr wahres Gesicht. Und sie zeigen unmissverständlich, was sie ihrerseits

räte und Gewerkschaft strikt ablehnt. Selbst vor der Forderung nach der Einschränkung des Streikrechts scheut man bei Gesamtmetall nicht zurück. So sollen zukünftig ganztägige Streiks nur noch nach einer gescheiterten Schlichtung zulässig sein.

Der Wind scheint sich gedreht zu haben. Den Eindruck erhält man auch, wenn man die Anfang Oktober gescheiterten Verhandlungen zur Angleichung der Arbeitszeiten zur Angleichung der Arbeitszeiten Ost, an die des Westens betrachtet. Für Sachsen und Brandenburg sollte nach Aussage beider Tarifvertragsparteien bis Ende Juni ein „Fahrplan“ zum Erreichen der 35-Stunden-Woche stehen. Darauf hatte man sich nach sechs Verhandlungsrunden geeinigt. Das passte aber offensichtlich Gesamtmetall



nicht. Das Eckpunktepapier mit Lösungsansätzen wurde von dem Verband gekippt. Seitens der IG Metall

in den vergangenen Jahren große Mitgliederverluste hinnehmen müssen; auch die IG Metall. Doch in den letzten zwei Tarifrunden, mit von der Mitgliedschaft akzeptierten Abschlüssen, ist es der Gewerkschaft gelungen, die Mitgliederzahl zu stabilisieren und neue Mitglieder dazu zu gewinnen. So ist die IG Metall seit der letzten Tarifbewegung um rund 85.000 Mitglieder

vorhanden ist, die sich dem entgegenstellt. Um den vor uns liegenden Transformationsprozess positiv zu beeinflussen, muss noch sehr viel getan werden.

Auf der anderen Seite kann bei einer entsprechenden Gemengelage eine Bewegung der Werkstätigen entstehen, welche das Kapital in ernsthafte Bedrängnis bringt und zu weitgehenden Zugeständnissen



Duisburg-Rheinhausen, Winter 1987

wurden darauf die Gespräche für beendet erklärt und man will nun in den „Häuserkampf“ ziehen und in Betrieb für Betrieb die Arbeitszeitverkürzung angehen. Das wird wahrlich kein leichtes Unterfangen. So hat die Branche alleine in Sachsen 1.700 Unternehmen. In lediglich 140 davon gelten Flächen-, Haus- und Anerkennungstarifverträge. Aber selbst diese kleine Zahl wird den IG Metall-Bezirk bei einem „Häuserkampf“ überfordern.

### Es gibt noch viel zu tun

Es ist eine schwierige Zukunft, vor der die IG Metall und auch alle anderen Gewerkschaften stehen. Die DGB-Gewerkschaften haben

gewachsen. Aber dieser Erfolg verdeckt die Schwachstellen innerhalb der Organisation nicht. Die gibt es in besonderem Maße in den ostdeutschen Bundesländern. Hier ist die Gewerkschaft im Grunde nur noch in den Großbetrieben der Automobilindustrie vorhanden. In den anderen Bereichen ist es den Unternehmern gelungen, gewerkschafts- und betriebsratsfreie Räume zu schaffen, und das oft mit regelrechtem Terror und Mobbing gegen KollegInnen von Betriebsratswahl-Initiativen. Aber nicht nur im Osten ist die IG Metall in den Betrieben schwächer geworden. Alleine die rückläufige Tarifbindung der Unternehmen zeigt, dass in den Betrieben, in denen der Unternehmer Tarifflicht begehrt, keine gewerkschaftliche Kraft

zwingt. Erinnerung sei an die Streikbewegung der KollegInnen bei Krupp Rheinhausen Mitte der 80er Jahre.

Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die Beschäftigten über das, was auf sie zukommt, umfassend informiert sind. Hier ist die IG Metall auf dem richtigen Wege. Das Thema Digitalisierung der Industrie wird wohl jetzt nach dem Gewerkschaftstag massiv in die Betriebe getragen werden und muss seinen Niederschlag in der Tarifrunde im kommenden Jahr finden. Das ist die einzige Möglichkeit, die Unternehmerverbände zu beeindrucken. Die IG Metall muss zeigen, dass sie auch in ökonomischen Krisenzeiten mobilisierungsfähig und handlungsfähig ist.

Wir dürfen gespannt sein.

# Die rechte Normalisierung

## Zum AfD-Parteitag in Braunschweig



**W**ir sehen uns als konservative bürgerliche Volkspartei“, verkündete am Abend der Thüringen-Wahl der Bundessprecher der Alternative für Deutschland, AfD, Alexander Gauland, den versammelten Medien. Diese haben als öffentlich-rechtliche Einrichtung einen staatsbürgerlichen Auftrag, über Parteitage der im Bundestag vertretenen Parteien zu berichten, den sie auch gewissenhaft erfüllen, als wäre diese Rechts-Partei das normalste der Welt. Hier wird durch übliche Berichterstattung Gewöhnung suggeriert und Normalisierung vorgegaukelt, die Crux des Gebots der Ausgewogenheit. Dabei werden AfD-Politiker\*innen durch die Journalist\*innen nicht einmal mit besonders kritischen Nachfragen konfrontiert. Theo Koll vom ZDF hat am 1.12. in der Sendung „Berlin direkt“ einen bemerkenswerten Versuch unternommen, den neugewählten Parteisprecher Chrupalla durch gezielte Fragen in die Enge zu treiben, dass ihm bald die Worte ausgingen und er argumentativ ins Schleudern geriet. Ansonsten aber dürfen AfD-Vertreter\*innen, besonders wenn sie als „Gemäßigte“ gelten und auftreten, ihre Sermonen meist ungehindert zum Besten geben. Und sie nutzen diese ihnen gebotene Propagandabühne.

Mit Hilfe des parlamentarisch-repräsentativen Systems der Bundesrepublik hat es die AfD geschafft, in alle Landtage zu gelangen und eine stattliche Abgeordneten-Riege im Bundestag zu stellen. Wenn auch die Integration von Migranten und Flüchtlingen hierzulande nur sehr unzureichend funktioniert (funktionieren soll), die Integration der AfD in die öffentliche Parteien-Kultur scheint umso besser zu gelingen. Bisher ist die AfD für den Verfassungsschutz kein „Prüf“- , sondern das Bestehen des rechtsextremen „Flügels“ und der „Jungen Alternative“ nur ein „Beobachtungsfall“. So wie man von Staats wegen auch die „Kommunistische Plattform“ (und weitere Foren) in der Linkspartei „beobachtet“ und damit zugleich die gesamte Partei unter die Lupe nimmt.

Das bürgerliche Grundrecht der Meinungsfreiheit und Koalitionsfreiheit reicht hierzulande weit. Die AfD scheint bisher im öffentlichen Leben außer sich selbst keine besonderen Fürsprecher\*innen zu haben. Gleichwohl gehören ihr nicht wenige Polizisten, Soldaten und Offiziere der Bundeswehr und Bedienstete in Justiz und Verwaltung an. Aus rechtskonservativen CDU-Kreisen wie der Werteunion ertönt häufiger der Ruf nach möglichen Gesprächen oder gar Kooperationen mit der AfD,

den bisher aber die CDU/CSU-Spitze grundsätzlich zurückweist. Die AfD steht für die C-Partei unter politischer Quarantäne und Ausschlussgebot. Im selben Maß gilt das auch für die Linke. Man vernimmt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD seitens der Union, sie wird von der Führung der Christlichen pauschal ignoriert. Wobei gerade diese Partei unter dem Gesichtspunkt der Rückholung von nach rechts abgewanderten Wähler\*innen allen Grund hätte, genau diese Auseinandersetzung öffentlich zu führen. Die mehr oder weniger stille Hinnahme ihrer schillernden Programmatik eröffnet für die AfD Agitationsspielräume in die konservative Mitte und in die Reihe von Nichtwählenden.

Es ist gerade mal sechs Jahre her, da die populistische Rechtspartei sich als neue Partei von rechten Wirtschaftsliberalen, EU-Kritikern und Euro-Gegnern um die Leitfigur des Ökonomen Bernd Lucke etablierte und sie steht derzeit im Bund bei stabilen 13 bis 14 Prozent. Über verschiedene Zwischenschritte und Stationen vor allem bei Parteitag und eine Serie von Wahlsiegen bei Landtagswahlen, EU- und Bundestagswahl 2014 bis 2018 hat sie ihren Einfluss ausgebaut und inneren Status gefestigt. Spätestens seit dem Parteitag 2014 in Essen, als Lucke innerparteilich entmachtet und unschön geschasst wurde, kann man davon ausgehen, dass eine Neue Rechte sich die AfD als ihr politisches Instrument auserkoren hat und seither Schritt für Schritt für ihre Zwecke zurichtet. Als nächstes war die Lucke-Nachfolgerin Frauke Petry an der Reihe, die bei einem Parteitag abgelöst und vom Platz gejagt wurde. Sie versucht heute glücklos mit ihrer Parteineugründung Die Blauen hervorzutreten, die lediglich ein sektiererisches Schattendasein führt und höchstens einige wenige Dutzend Mitglieder hat.

Bis 2019 durchlief die Rechtspartei verschiedene Stufen von einer Sammlungs- und Protestbewegung, die sie immer noch ist, zu einer Partei am äußersten rechten Rand, die das ihr zulaufende Protestpotenzial bün-

delt und kanalisiert bei insgesamt unklar gehaltener rechter Programmatik. Verschiedene Strömungen vom liberal-konservativen, national-patriotischen, wirtschaftsliberalen bis extremen völkisch-nationalen „Flügel“ um Björn Höcke in Thüringen versammeln sich darin. Wobei man sagen muss, dass der jüngste Parteitag gezeigt hat, dass der „Flügel“ in der Partei eine immer bedeutendere Rolle spielt und Funktion einnimmt. Geschickt hielten sich Höcke und Gefolge zurück, er hielt keine Rede, während man versuchte, im neu gewählten Bundesvorstand eigene Leute zu platzieren und mit Sitz bestätigt zu bekommen, so etwa als Beisitzer den engen Höcke-Freund und gemeinsamen Drahtzieher Andreas Kalbitz aus Brandenburg. Der wiederum verkündete bei seiner Posten-Bewerbung das Ziel, nun auch in Westdeutschland noch stärker zu werden. Mit der Wahl des dem „Flügel“ zugeneigten Tino Chrupalla als Co-Vorsitzenden neben Meuthen, hat der „Flügel“ seine Einflussnahme auf das Machtzentrum der Partei gefestigt. Man sieht offenbar die Zeit nun für gekommen, die Strategie der Sammlung und Konsolidierung zu erweitern in eine der Vorbereitung der Eroberung und Beteiligung an politischer Macht. Die bisher „gemäßigteren“ Kräfte um Meuthen und Gauland (inzwischen Ehrenvorsitzender) versuchen so, ihre Position abzusichern, wobei Gauland und Weidel Verbindungsglieder nach ganz rechts sind. Das propagandistische Auftreten als neue Volkspartei der bürgerlich-konservativen Mitte erfüllt nach innen zwei Funktionen: Meuthen und seine „Gemäßigten“ halten sich dadurch den starken „Flügel“ auf Distanz. Umgekehrt nutzt dieser das dafür aus, seine Netzwerk-Aktivitäten weiter im Unsichtbaren verdeckt auszuweiten. Die darin angelegte Polarisierung könnte früher oder später in einen offenen Machtkampf münden, ähnlich wie in den Fällen Lucke und Petry.

Die AfD kann sich so schon über durchaus beachtliche „Wahlerfolge“ freuen: Sie mischt die gewohnte Zweier-Koalitionsarithmetik auf und blockiert allein durch ihr prozentuales Abschneiden bei Wahlen eine Mitte-Links-Mehrheit hierzu-

lande. Was sich ja eigentlich die christliche Union als oberstes Ziel gesetzt hat. Insofern gibt es eine Union-AfD-Interessengleichheit in der Verhinderung einer gemäßigten „Mitte-Links-Grünen Alternative“. Das ist auch eine ihrer objektiven politischen Funktionen: Die konservative Mitte begrüßt stillschweigend die Existenz der Rechten, um die Linke zu verhindern. Und leistet damit einer rechten Normalisierung Vorschub.

Zur selben Zeit verkündete die SPD das Votum ihrer Mitgliederentscheidung für den Parteivorsitz. Für die sich zwei fast gleich starke Kandidatenpaare empfahlen, von denen keines im ersten Anlauf die geforderte Mehrheit erringen konnte, weshalb es zu einer Stichwahl zwischen Scholz/Geywitz und Walter-Borjans/Esken kam. Deren Aussichten schienen zu schwinden, als das unterlegene, aber gewichtige Duo Pistorius/Köpping seine Unterstützung für Scholz/Geywitz bekanntgab, obwohl die Jusos und der starke Landesverband NRW sich auf die Seite Walter-Borjans/Esken stellten. Hinzu kam, dass sich die „Linken“ Walter-Borjans und Esken insgesamt eher schwach präsentierten, nicht wie echte Herausforderer auftraten. Das Ergebnis von gut 53 zu gut 45 Prozent für Walter-Borjans/Esken überraschte dann viele. In Umfragen (ZDF) hatten sich zuvor noch fast 40 Prozent der SPD-Anhänger für das Kandidaten-Duo Scholz/Geywitz ausgesprochen, nur 23 Prozent für Walter-Borjans/Esken. Diese stehen für eine kritische Position zur Großen Koalition, ggfs. ein Nachverhandeln von Paragrafen im Koalitionsvertrag und insgesamt für einen Linkskurs der SPD mit Öffnung zu Rot-Rot-Grün. Sollte es mit Walter-Borjans/Esken zu einem Koalitionsbruch kommen und zu möglichen Neuwahlen, steht die SPD in ihrer derzeitigen Verfassung mit gerade etwa 14 bis 15 Prozent im Bund vor einer schwierigen Situation.

Die Wahlbeteiligung beim SPD-Mitgliederentscheid lag gerade mal bei niederen 54 Prozent, etwas über 100.000 Stimmen wurden für das Links-Duo abgegeben, etwas weniger betrug die Zahl für den Kanzlerkandidat Scholz und seine Co-Frau Geywitz, die mit versteinerten Mienen

das Ergebnis zur Kenntnis nahmen. Auf's Ganze umgerechnet lautete dann das Ergebnis für das Sieger-Duo 27 Prozent. Es ist bemerkenswert, wie wenig sich die über 450.000 SPD-Mitglieder für das Schicksal ihrer Partei interessieren. Die Demonstration kurz nach Verkünden des Mitgliedervotums war denn auch eine der Geschlossenheit und der Unterstützung der Unterlegenen für die neue Spitze und ihrer Versicherung, im Sinne des Parteiganges zu handeln. Der SPD-Parteitag am 2. Adventwochenende muss das Votum noch bestätigen. Eine Mehrheit in der Bevölkerung will keine Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt und rechnet mit einem Überleben der Großen Koalition bis 2021 mit Merkel als Kanzlerin an der Spitze der Regierung. Scheitert jedoch die Große Koalition vorzeitig, wird sich die Koalitionsfrage für die Union neu stellen, ob mit Rechts oder mit den Grünen, um wieder sicher an die Macht zu gelangen.

Die Wahl zum Bundessprecher in der AfD auf dem Parteitag vom 29.11. – 1.12. entschied der amtierende, „moderate“ Jörg Meuthen mit knapp 70 Prozent für sich mit einem deutlichen Plädoyer für eine nach eigenen Worten konservative, patriotische, volksparteiliche AfD. Zu kritischen Nachfragen einiger Delegierter wegen seiner Rolle im AfD-Parteispendenskandal bekundete er in seinem Rechenschaftsbericht, dass er sich nichts „Unanständiges, Unrechtes oder Illegales“ habe zuschulden kommen lassen. Gauland empfahl in seiner kurzen Auftakt-Ansprache die AfD für eine als Volkspartei schwächelnde Union zukünftig als quasi natürliche Partnerin. Zum Co-Sprecher wurde in einer Stichwahl der von Gauland favorisierte, aus Sachsen kommende, gelernte Handwerker Tino Chrupalla (MdB) mit 54,5 Prozent gewählt, der für einen Vermittlungskurs zum völkisch-nationalen, rechten „Flügel“ um Höcke steht. Sich von diesem zu trennen, hieße den starken Stand der AfD zu gefährden, ja sogar ihr inneres Gefüge zu sprengen, das wissen alle. Mit neuem Rückenwind vor Augen betonte Meuthen dennoch, die AfD müsse bis in zwei Jahren ihre Koalitionsfähigkeit und Regierungswilligkeit unter Be-

weis stellen, was man auch als einen Warnschuss vor Höckes Bug werten kann. Dieser hingegen sieht seine Zeit erst noch kommen. Der innere Machtkampf in der AfD wird weiter anhalten. Als 1. Vize wurde die Anwältin Alice Weidel, als 2. Vize der unlängst als Rechtsausschuss-Vorsitzender im Bundestag abgewählte Stephan Brandner und als Dritte im Bunde Beatrice von Storch gewählt, die sich nur knapp gegen einen „Flügel“-Kandidaten durchsetzte. Weidel neigt neuerdings Positionen des Höcke-„Flügels“ zu, Brandner ist „Flügel“-Mann. Der gemäßigte Berliner AfD-Chef Georg Pazderski scheiterte mit seiner Kandidatur, ebenso wie andere Kandidat\*innen gemäßiger Strömungen. Die Vorstandswahl zeigt, dass man in der AfD bereits ist, sich mit dem Höcke-„Flügel“ zu arrangieren und ihn zu integrieren.

Es gilt zu unterscheiden zwischen einer rechten Normalisierung an sich im Sinne einer Angleichung deutscher Verhältnisse an den Trend einer europaweiten Rechtsentwicklung. Zum anderen bedeutet von rechter Normalisierung zu sprechen, festzustellen, dass gegenüber der AfD gesellschaftlich eine schleichende Akzeptanz stattfindet, die sich gerade in Deutschland historisch höchst problematisch ausnimmt, wenn ausländische Menschen anderen Glaubens diffamiert, Flüchtlinge und Asylsuchende ausgegrenzt, nationalpatriotisches Deutschtum und völkisches Denken hochgehalten und geduldet werden. Neuerdings fokussiert sich die AfD zunehmend auf Fragen der Klimapolitik. Sie tritt an gegen „versumpften grün-linken Alarmismus“ und „ökodiktatorische Tendenzen“ und – wie es nicht wenige gibt, die in ihren Reihen den Holocaust leugnen – leugnet die globale Klimakatastrophe. Der Ausbau von Atomenergie wird zur saubersten und sichersten CO<sub>2</sub>-Alternative ausgelobt. Von Atommüll wird als von harmlosen Restrückständen geschwafelt. Für all das steht die AfD und wegen all dem muss sie auch politisch bekämpft werden. Die Frage geht darum, auf welche Weise, ob aktiv oder passiv durch Quarantäne.

EK/HB, 1.12.2019

## Militärbündnis zwischen „hirntot“ und Wiederbelebung

Zum 70. NATO-Jubiläumsgipfel unter Misstönen



Britische Truppen in Estland, Januar 2018

Nur mühsam ließen sich beim Gipfel zum 70-jährigen NATO-Bestehen in London am 3./4. Dezember die bündnisinternen Differenzen und der tiefe Graben zwischen einigen wichtigen der 29 Mitgliedsstaaten übertünchen. Zur Abwechslung erwies sich diesmal nicht US-Präsident Trump als Hauptzündelnder an der Lunte der Zwietracht, sondern war es vor allem der französische Staatspräsident Macron, der bereits im Vorfeld mit seiner Äußerung von einem „hirntoten“ Bündnis die erstrebte Demonstration der Einigkeit verdarb und keine so rechte Feierstimmung aufkommen lassen wollte.

Wie meistens in solchen Fällen muss ein Schlusskommuniqué die zerfahrene Situation retten, in dem die Unterschiede und der bestehende Dissens überdeckt und schön geredet werden. Als rettender Anker, der alle einte, erwies sich die erstmals vorgenommene Einordnung Chinas als klare Bedrohung des noch immer von den USA angeführten westlichen Militär- und Kriegsbündnisses, dessen innerer Zusammenhalt jedoch weiter bröckelt. Die Gründe hierfür liegen seit dem Epochenbruch 1989/90 in einer weltpolitischen Entwicklung der Multipolarisierung von zentralen und regionalen Machtzentren, dem Aufkommen „neuimperialer“ Schwellenländer (Bsp. BRICS-Staa-

ten) und in Zeiten harter Konkurrenzkämpfe des Weltkapitalismus in zunehmenden Divergenzen nationaler (Wirtschafts-)Interessen. Da hört die Freundschaft mitunter schnell auf, wenn es um die Gewinnverteilung in Dollars und Euros geht und kann in regelrechte Wirtschaftskriege ausarten, etwa zwischen den USA und China oder für die NATO von entscheidendem Belang den USA und Europa. Dem Einheitsgebot steht nationaler Protektionismus gegenüber, der die Kreise, oder besser gesagt Geschäfte der nationalen Exportkartelle stört.

Mit dem scheinbaren Ende der West-Ost-Konfrontation, dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes schien zu Beginn der neunziger Jahre auch die Zeit für ein Ende der NATO gekommen zu sein. Niemand brauchte in einer unilateralen Weltsituation, in der der Westen als Sieger der Geschichte und die USA als „einzige Weltmacht“ (Zbigniew Brzezinski) feststanden, noch ein derart hochgerüstetes Angst- und Drohbündnis aus der Zeit des Kalten Kriegs. Friedens- und Abrüstungsdividende schienen sogar langfristiger möglich. Die Bundeswehr verkleinerte sich im Laufe des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts auf mehr als die Hälfte ihrer Größe (und Schlagkraft). Panzer, Panzerfahrzeuge und andere Rüstungsgüter wurden zu

Hundertern eingemottet oder wenn es ältere Modelle waren ins Ausland verschoben. In Osteuropa kam es zu nationalen Sezessionen ehemaliger sowjetischer Republiken und anderen sozialistischen Staaten wie Georgien, Ukraine, Tschechoslowakei, Weißrussland und den drei baltischen Staaten, die noch ihren späteren Zündstoff bekommen sollten. Die USA führten einen „Befreiungskrieg“ um Kuwait gegen den Irak. Als nächstes zerfiel nicht ohne massive westliche Einflussnahme der Staatenbund Jugoslawien in Einzelstaaten, die gegeneinander Kriege und Bürgerkriege ausfochten. Das neue weiß-blau-rote Russland war für 10 bis 15 Jahre mit seinem Überleben und innerer Reorganisation einer neuen, oligarchischen Machtelite beschäftigt.

Ausgerechnet eine neue rot-grüne Regierung ab 1998 führte das vereinte Deutschland nur ein Jahr später unter aktiver Beteiligung in den ersten NATO-Luftkrieg der neuen Zeit im Kosovo gegen Rest-Jugoslawien (Serbien-Montenegro). Unter anderem deutsche Tornados bombardierten Brücken, Verkehrswege und Industrieanlagen, um Serbiens Rückzug aus dem Kosovo zu erzwingen. Längst diskutierte man kontrovers wieder die sog. Auslandseinsätze der Bundeswehr, zunächst noch als mandatierte UN-Friedensmissionen oder erklärte „humanitäre Interventionen“ NATO und Bundeswehr suchten neue Betätigungsfelder und Feindbilder. Es war die Vorbereitung für die deutsche Beteiligung am „Antiterrorkrieg“ der USA und ihren willigen Verbündeten nach Eintreten des NATO-Bündnisfalles durch die terroristischen Luftangriffe 2001 auf das World Trade Center in New York und Pentagon in Washington. Die Bundeswehr beteiligte sich mit einem wachsenden Kontingent an Elitesoldaten am alliierten Krieg gegen die Taliban in Afghanistan. Was ohne die Strukturen der NATO gar nicht denkbar gewesen wäre. Vorläufige Zuspitzung der neuen NATO-Rolle und -Funktion ist ihre gezielte Erweiterung in den osteuropäischen Raum und neue militärische „Vorwärtspräsenz“ in Regionen, die einst sowjetisch bestimmt waren.

2014 haben sich beim NATO-Gipfel in Wales die Mitglieder sozusagen selbst eine Hürde aufgebürdet, die

seither immer wieder Anlass zu Differenzen ist. Indem sie sich auf das sog. Zwei-Prozent-Ziel (vom BIP) als Marge für eine permanente Erhöhung der jeweiligen nationalen Verteidigungsausgaben verpflichteten. Für ohnehin potente Wirtschaftsnationen wie die USA mit einem jährlichen Militär- und Rüstungsbudget von deutlich über 700 Milliarden Dollar (über 4 Prozent des US-BIP) ist das weit weniger ein Problem, als für Länder, die im Vergleich ökonomisch „schwächer“ dastehen wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere. Im Unterschied zu Deutschland (1,38 %) erfüllen Frankreich und Großbritannien jedoch die 2-Prozent-Vorgabe bzw. liegen knapp darunter oder sogar wie Frankreich darüber. Das hat wesentlich auch damit zu tun, dass Paris und London sich ein deutlich höheres Rüstungsniveau und teureres Militär leisten mit Flugzeugträgern, schweren Zerstörer- und atomaren U-Boot-Flottillen. Da kann die Bundeswehr mit ihrer „Regional-marine“ aus einigen Fregatten, leichten Korvetten und konventionellen U-Booten nicht mithalten, wenngleich die Marine mit am massivsten aufgerüstet wird. Frankreich unterhält in seiner „Force de frappe“ (Abschreckungsmacht) zudem noch eine atomare Luftflotte, die die Briten nach 1990 und weil zu teuer längst abgeschafft haben. Militärisch hängt die BRD also viel stärker am (atomaren) NATO-„Tropf“ als seine Konkurrenten, obwohl sie bisher zweitstärkster Nettozahler bei den Bündniskosten hinter den USA war.

Das hielt freilich Präsident Trump nicht davon ab, in den vergangenen Jahren seiner Amtszeit bei zentralen NATO-Zusammenkünften stets dieselbe Hauptattacke gegen die „zögerlichen“ Deutschen zu reiten, sie würden viel zu wenig für Rüstung und Verteidigung ausgeben. Das hat sich nun sukzessive unter der vorherigen und jetzigen Großen Koalition aus Union und SPD trotz finanzministerieller Bemühungen um schwarze Nullen geändert. Die Werte gehen stetig bis drastisch nach oben, von 2014, dem Jahr der „Trendwende“, noch 32,4 Milliarden über 2018 38,5 zu 2019 43,2 und 2020 45,1 Milliarden. Im Jahr 2024 soll der Wert 1,5 Prozent des BIP betragen und bis 2031 will man die vollen 2 Prozent erreichen.

Das könnten in Zahlen dann zwischen 55 und 60 Milliarden Euro sein und damit fast so viel wie Russlands Militärbudget heute. Ein bespielloser Rüstungssprung nach oben seit Bestehen der BRD. Zudem boomt die deutsche Rüstungsindustrie, vor allem ihre Exporte, die 2019 wieder fast den Rekordwert von knapp 8 Milliarden Euro erreichen werden wie schon 2015, nur zwischendurch vorübergehend etwas absanken.

Seit dem unrühmlichen Abgang des skandalbehafteten Freiherrn zu Guttenberg (CSU) als oberstem Landesverteidiger und dem ihm folgenden Interimsminister de Maizière, ist die Truppe seit 2013 in festen Frauenhänden als obersten Dienstherinnen. Erst war es Ursula von der Leyen (CDU), die 2019 ins Amt der EU-Ratspräsidentin wechselte, nun ist es die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer als Militärministerin, die damit zugleich ins Bundeskabinett aufrückte. Was zu Guttenberg (er benutzte erstmals das Wort „Krieg“ für den Bundeswehreininsatz am Hindukusch) und de Maizière an ersten Reformschritten einer damaligen Bundeswehr im Dauerschrumpfen noch einleiteten, setzte von der Leyen konsequent fort als „Neuausrichtung“ der Truppe hin zu einer „Armee im Einsatz“, aufbauend nicht zuletzt auf den Erfahrungen der Beteiligung deutscher Soldaten im Antiterrorkrieg in Afghanistan. Bis dahin kriegsunerfahrene deutsche Eliteeinheiten der Krisen-Spezialkräfte (KSK) erkämpften sich dabei im „Club“ der NATO-Größen (USA, Großbritannien, Frankreich) Achtung und einen festen Platz. Deutschland wurde wieder wer auf dem Felde kämpferischer Bewährung, auch wenn sein Militär keine offensive Weltmachtrolle deutscher Politik mehr zulässt und unterfüttern kann. Deutschland ist militärische Regional- und mitteleuropäische Führungsmacht, vor allem dank seiner wirtschaftlichen Stärke bei gleichzeitig extremer Rohstoff- und Weltmarktabhängigkeit. Ähnlich wie die Türkei als NATO-Partner im Nahen und Mittleren Osten Ordnungsmacht als „europäische Grenzpolizei“ ist. Zugleich ist die BRD Aufmarschgebiet und Drehscheibe für die NATO-Osterweiterung. Berlin kann nur in diesem gesteckten (und in der NATO akzeptierten) Rahmen „weltpoliti-

sche Verantwortung“ übernehmen. Alles andere verkennt die Fakten. Das weiß auch ein deutscher SPD-Außenminister Maas, wenn er von fragwürdigen Engagements deutschen Militärs im Persischen Golf oder im Krieg in Syrien über das hinaus absieht, wo deutsche Soldaten ohnehin schon aktiv präsent im Einsatz sind (Baltikum, Mali, östliches Mittelmeer, Jordanien/Syrien, Horn von Afrika, Irak, Afghanistan). Die insgesamt etwa 3.500 bis 4.000 dauerhaft im Ausland stationierten und eingesetzten deutschen Soldat\*innen-Kontingente lassen derzeit trotz gesteigerter Rüstungsausgaben keine nennenswert weitere Aufstockung zu, da speziell ausgebildetes Personal fehlt und das Kriegsmaterial in teils schlechtem Zustand ist.

deswehr und sozialen Hilfsdiensten wieder auf. Aber sie tritt auf Profilierungssuche mit ihren unabgestimmten Vorschlägen, sich militärisch stärker in Syrien einzumischen oder mit ihren unrealistischen weil verfassungswidrigen Dienstpflichtmodellen, von einem Fettnäpfchen ins nächste. Bei ihrem jüngsten Truppenbesuch (sie blieb der NATO-Konferenz sogar fern) im Ausland im „Camp Pamir“ in Afghanistan, sprach sie sich für den bewaffneten Einsatz der Drohne Heron TP zum „Schutz“ der dort aktiven etwa 100 Bundeswehrsoldat\*innen zur militärischen Beratung und Ausbildung aus. Solche Bemühungen sind auch als eine Art Beruhigungsspiel gegenüber dem ständig an den Deutschen herum nörgelnden US-Präsidenten

müt und besänftigte ihn gegenüber Kanzlerin Merkel offenbar sichtlich beim Londoner Treffen. Beide sprachen nach ihrem Vieraugengespräch überschwänglich von einem „erfolgreichen“ Gipfel, die NATO sei „so stark wie nie“, so O-Ton Trump in bekannt erratischer Diktion.

Dafür gerieten diesmal Macron und Trump aneinander, da schwelt noch eine offene Rechnung vom Alleingang beim fast vollständigen Abzug der US-Kampfeinheiten aus Syrien. Resttruppenteile der USA sichern lediglich noch einige bedeutende syrische Ölfelder in Mittel- und Ostsyrien. Den „Schutz“ der kurdischen Bevölkerung in Nordsyrien und die Unterstützung der kurdischen YPG-Milizen gab man dafür preis und lieferte sie der alsbald einsetzenden



*Manöver der militärischen Spezialkräfte in Rumänien 2017: „NATO-Speerspitze“ – multinationale Brigade für Schnelleinsätze*

Dies alles muss man im Blick haben, wenn man die Rolle Deutschlands gegenwärtig in der NATO bedenkt und analysiert. Die neue Verteidigungsministerin von Kanzlerin Merksels Gnaden unternimmt zwar derzeit eine Reihe von Vorstößen, Deutschland militärisch mehr ins Spiel zu bringen. Sie greift dabei sogar ihr früheres Konzept einer einjährigen allgemeinen Dienstpflicht für junge Männer und Frauen in Bun-

zu sehen. Genauso wie die nun vorgenommene Angleichung der NATO-Unterhaltskosten durch die USA und Deutschland auf den Gleichstand beider Länder von jeweils 16,35 Prozent an der Lastenverteilung. Deutschland stockt dabei um gut zwei Prozent weiter auf, die USA senken ihren Anteil dafür um rund sechs Prozent. Das erfreut das Trumpsche Krieger-Ge-

türkischen Militäroffensive gegen die kurdischen „Terroristen“ in der Region aus. Die von Trump für diesen Fall großmäulig angekündigte „wirtschaftliche Zerstörung“ der Türkei blieb freilich aus. Man arrangierte sich. Während mittlerweile türkisches und russisches Militär Patrouillen in einer mehrere hundert km langen und 30 km breiten Grenzzone unter-

nehmen. Die beteiligten regionalen und internationalen Mächte (Türkei, Russland, USA) scheinen es auf die Sicherung von Unterpfeilern anzu-legen für spätere Verhandlungen darüber, was mit dem zerstörten Syrien in Post-Assad-Zeiten werden soll. Der türkische Plan ist es, dort viele Zehntausend syrische Flüchtlinge anzusiedeln und die in Ankara unerwünschten Kurden ganz zu vertreiben. Der US-Rückzug wurde von Macron scharf kritisiert, er sei nicht vereinbar mit westlichen Zusicherungen für militärische Verbündete.

Ungeachtet dessen betrifft Macrons politische „Hirntod“-Diagnose noch andere Konfliktlinien in der NATO. Sie soll im Grunde provokativ Klarheit schaffen über die Bereitschaft der USA, in Europa zur NATO zu stehen, Absprachen gemeinsam zu treffen und sich überhaupt wieder mehr intern bei wichtigen Fragen des Bündnisses abzustimmen. Das gilt z. B. hinsichtlich des stark gestörten Verhältnisses zu Russland seit der Krim-Annexion Putins 2014 und der Unterstützung Russlands für die Rebellen in der Ostukraine. Die NATO betrachtet an ihrer Ostflanke die Ukraine quasi als akkreditierten „Bündnispartner“ und spielt sich als Anwalt pro Kiew in dem Bürgerkriegskonflikt auf, in dem man

auf Erfüllung des Minsker Abkommens pocht, das u. a. das Ende des Bürgerkriegs und den Rückzug aller russisch unterstützten Kampfeinheiten fordert. Das ließ das Verhältnis Russland-NATO seither auf einen neuen Tiefpunkt sinken.

In Osteuropa ist ein ökonomisch und militärisch wiedererstarktes Russland wieder der Hauptfeind der NATO, den es in aus dem Kalten Krieg bekannter Containment-Strategie (Eindämmung) zu umzingeln und einzukreisen gilt, nun vom Baltikum über das Schwarze Meer bis zum Kaukasus. Das Bekenntnis in der Schlusserklärung zum Bündnis ist vor allem auch der ängstlichen Sorge von neuen NATO-Ländern wie Polen, Rumänien, Bulgarien und des Baltikums vor einem russischen „Überfall“, geschuldet, so unrealistisch und weit hergeholt dieser sich derzeit auch ausnimmt. Die grenznahe Krim-Annexion ist kein geeignetes Modell für Russland, seine Beziehungen zu Ländern an seinen Westgrenzen zu gestalten. Das wissen auch die obersten NATO-Verantwortlichen. Gleichwohl betonte NATO-Generalsekretär Stoltenberg nicht gerade deeskalierend im Drohton: „Wenn Polen und die baltischen Staaten angegriffen werden, wird das gesamte Bündnis reagieren“. Als stünde dies absehbar bevor. Aus dem Kreml verlautete hingegen zur NATO-Feier Putins Angebot einer Zusammenarbeit mit dem westlichen Militärbündnis mit den Worten: „Wir haben wiederholt unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, mit der NATO zu kooperieren und reale Gefahren gemeinsam abzuwenden“. Putin verwies dabei auf den „internationalen Terrorismus“, lokale Konflikte und die Gefahr, dass sich „Massenvernichtungswaffen unkontrolliert verbreiten“ könnten (nach Meldung der Nachrichtenagentur Interfax).

Skeptisch äußerte sich zu Russland die deutsche Kanzlerin, die vorschlug, in den auf dem Treffen vereinbarten „Reflexionsprozess“ über die Bedrohungslage und Fragen der Kooperation auch das Verhältnis zu Russland einzubeziehen, das auf dem Prüfstand stünde. Grundlage hierfür solle die NATO-Russland-Akte von 1997 sein, die auf ein kooperatives Verhältnis abzielte. Min-

destens so schwer wie das belastete Verhältnis der NATO zu Russland dürfte die Tatsache wiegen, dass erstmals seit Bestehen des Bündnisses China als „Bedrohung“ eingestuft wird. Dazu Stoltenberg: „China ist jetzt das Land auf der Welt, das nach den USA das meiste Geld für Verteidigung ausgibt“. Man sieht sich mit einem wachsenden wirtschaftlichen Engagement der Chinesen etwa in Afrika konfrontiert. China habe, so Stoltenberg weiter, neue militärische Fähigkeiten vorgestellt, zu denen auch Atomwaffen zählten. Nach derzeitigen SIPRI-Schätzungen betragen Chinas Militärausgaben ca. 220 Milliarden Dollar mit ansteigender Tendenz. Die militärische Feindklärung verträgt sich freilich nur wenig mit den wirtschaftlichen Anstrengungen, auf die sich europäische Länder wie Deutschland u. a. im Handel mit China konzentrieren. So ist für Stoltenberg Chinas Aufstieg in diplomatischer Floskel sowohl „Chance“ als auch „Herausforderung“. Sie ist nichtssagend ambivalent wie die Position der NATO-Mitglieder, Russland als Bedrohung für das Bündnis zu betrachten, wobei man nach Stoltenbergs Worten zugleich den Dialog mit Moskau anstrebe. Bedrohung und Partner zugleich geht nicht. Wie sollte hierbei Vertrauensbildung entstehen? Gegenüber China versucht die NATO, es nach Auslaufen des INF-Vertrages in künftige Rüstungskontrollvereinbarungen mit eingebunden zu wissen, was bis dato Peking strikt zurückweist. U. a. mit dem Argument, die USA und Russland wären im Besitz von über 90 Prozent aller Atomwaffen die Hauptatommächte und hätten dies untereinander auszumachen. Der jüngste NATO-Gipfel hat die existierenden Bruchlinien erneut offenbart wider alle verbale Bekundung von Zusammenhalt und Kooperation auf Augenhöhe. Vom Standpunkt des Weltfriedens aus ist das transatlantische Bündnis nur noch ein überkommener Anachronismus und gehört aufgelöst zugunsten neuer Formen gegenseitiger kollektiver Sicherungssysteme auf Basis der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Dazu braucht es keine Hoch- und Atomrüstung.

EK/HB, 7.12.2019

Anzeige

## August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:  
Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

# Die soziale Explosion in Chile

## Eine moderne Hungerrevolte oder der Beginn einer Revolution in neoliberalen Zeiten?



**W**ie konnte das geschehen? Da verordnet die Regierung der chilenischen Hauptstadt eine Erhöhung des Fahrpreises um nur 30 Pesos. Das entspricht etwa vier Eurocent und ist deutlich weniger als dort die billigste Zigarette kostet. Doch kurze Zeit später sind in Santiago mehr als eine Million Menschen auf der Straße und fordern ein Ende des Neoliberalismus. Die unterschiedlichsten Forderungen vereinheitlichten sich schnell zum Ruf nach dem Rücktritt des rechten Präsidenten und einer neuen Verfassung. Die von der Militärdiktatur geschaffene Konstitution ist heute noch in wesentlichen Teilen gültig und schreibt der Gesellschaft die Wirtschaftsordnung vor. Alle grundsätzlichen Änderungen blockiert die Rechte, die sie im Besitz der Sperrminorität ist.

Die Dimension der sozialen Explosion zeigen folgende Zahlen. Der Großraum Santiago hat etwas über 6,2 Millionen Einwohner. An diesem Tag war also jeder 6. Santiagino auf den Beinen! Gleichzeitig erlebten die Provinzhauptstädte von Arica im hohen Norden bis Puntas Arenas im tiefsten Süden ebenfalls Massenversammlungen. Diese nahmen für den jeweiligen Ort auch historische Ausmaße an. Offensichtlich war hier ein Nichts der berühmte Tropfen, der das Glas zum Überlaufen bringt.

Das es sich um eine soziale Explosion handelt, sieht man auch bei einem Vergleich der Zahlen mit der bisher größten Demonstration Chiles. Damals versammelten sich an einem Sonntag Menschen aus dem ganzen Land in Santiago. Nur so konnte die Zahl von fast einer Million Teilnehmern erreicht werden. Das gelang nur

da den protestierenden Studenten Organisationen zur Seite standen, die sie mit Geld und Organisationskraft unterstützten.

Diesmal muss man den Menschenauflauf, der außerdem an einem Montag stattfand, als eine spontane Aktion bewerten. Natürlich gab es Aufrufe von linken Parteien, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Aber es kamen nicht nur die üblichen Verdächtigen, sondern ein nicht unerheblicher Teil des Landes war auf den Beinen. Die Mobilisierung erreichte sogar Viertel der Bessergestellten wie Las Condes oder La Dehesa. Es ist zu fragen, ob die Aufrufe der traditionellen Organisationen überhaupt eine Rolle gespielt haben. Viel eher waren sie so etwas wie ein Signal dieser Organisationen an die Massen, dass sie an ihrer Seite stehen.

## Die politische Situation vor der Revolte

Wie bekannt war und ist Chile das neoliberale Versuchslabor. Während der Militärdiktatur konnten Wirtschaft und Gesellschaft fast vollständig nach den Dogmen dieser Ideologie umgestaltet werden. Durch die Prägnanz dieser gesellschaftlichen Realität und den linken Niederlagen, der von 1973 im eigenen Land und dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in den Jahren nach 1989, löste sich das sozialistische Bewusstsein so gut wie in Luft auf. Die sich vormals als marxistisch verstehende Sozialistische Partei wechselte zu neoliberalen Positionen. Nach der Rückkehr zu einer beschränkten Demokratie verwaltete und optimierte sie mit den Christdemokraten und kleineren Parteien das von der Diktatur geschaffene System. Nur die KP und einige Splittergruppen haben da nicht mitgemacht. Bei den letzten Wahlen konnte die KP ca. vier bis fünf Prozent der Stimmen erzielen. Das heißt, da nur jeder Zweite wählen gegangen ist, dass ihr gesellschaftlicher Rückhalt nur halb so groß ist. Kein Vergleich zu den über 12%<sup>1</sup> bei den Parlamentswahlen von 1965.

Eigentlich kann man es nachvollziehen, dass sich die Menschen nicht mehr an Wahlen beteiligen. Welcher Linke in Deutschland hätte noch Lust sein Kreuz bei DIE LINKE zu machen, wenn sie nur aus Bodo Ramelow bestehen würde? In Chile muss man seit dem Ende der Diktatur auch bereit sein, konservative zu wählen, um aktiv an der Diktatur beteiligte zu verhindern. So war nach der Studentenbewegung von 2011 ein Wahlbündnis von den Christdemokraten bis zur KP nötig, um das undemokratische Wahlrecht zu entschärfen. Jetzt kann auch die KP wieder im Rahmen von kleineren Bündnissen Mandate erringen. Solche minimalen Ergebnisse als den Fortschritt zu erkennen, der sie sind, setzt aber ein entsprechendes Bewusstsein voraus.

Doch selbst solche kleinen Erfolge führen zu neuen Schwierigkeiten. Die Änderung des Wahlrechts führte zum Ausscheiden der Christdemokraten aus dem Bündnis. Dazu gründete sich die Wahlallianz *Frente Amplio* (FA, Breite Front). Hier taten sich bisher nur außerparlamentarisch tätige Gruppen mit Kräften zusammen, die

bis zum Entstehen dieses Zusammenschlusses Teil des Regierungsapparates der Sozialistin Michele Bachelet waren. Die FA gilt vielen als linke Kraft und ist das im chilenischen Rahmen auch. Ihre inhaltliche Ausrichtung muss man aber als linksliberal charakterisieren. Daher findet man in ihren Reihen auch die chilenische Bruderpartei der deutschen FDP.

Man könnte meinen, dass die Rechte mit dem Wahlsieg von Piñera die Früchte der linken Arbeit geerntet hat. Aber so einfach ist es nicht. Zum einen war auch die Politik der Regierung Bachelet neoliberal. Zum anderen sind die Abgeordneten der KP jetzt regelmäßig in den Medien präsent, wo sie die aktuellen Ungeheuerlichkeiten anprangern können.

Die neoliberale Linie der Regierungen Bachelets sieht man an der Umsetzung der Forderung der Studentenbewegung nach „Guter Bildung ohne Gewinnerzielungsabsicht“. Das legt eigentlich die Stärkung des staatlichen Bildungssystems nahe. Doch weit gefehlt! Viele Studenten erhalten jetzt einen Gutschein, den sie bei der Universität ihrer Wahl einlösen können, sei sie privat oder staatlich. Damit wurde das Verschuldungsrisiko durch die Ausbildung abgemildert. Das Bildungssystem ist aber der Markt geblieben, gegen den die Studenten Sturm gelaufen sind. Die Probleme wie schlechte Qualität, übertriebene Angebote und das Risiko der Insolvenz „seiner“ Uni sind geblieben. Man sieht, eine Forderung, die das neoliberale Korsett sprengt, wurde von „sozialistischen“ Politikern in das System eingepasst.

Diese Linie wurde aber immer durch soziale Maßnahmen abgesichert. Im Jahr 2008<sup>2</sup> hat Bachelet die staatlich finanzierte soziale Mindestrente eingeführt. Aus neoliberaler Sicht ist das ein System, widrige Subventionierung der unteren Schichten. Sie wird aber zur Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität des Landes benötigt. Das sieht man an einer der ersten Maßnahmen Piñeras nach dem Beginn der Revolte. Er will diese Mindestrente um 20%<sup>3</sup>

erhöhen, auch wenn er diese Pension nie eingeführt hätte.

## Die Lebensbedingungen im neoliberalen Musterstaat

Insgesamt fragt man sich, wovon die Leute in Chile eigentlich leben. In Santiago bekommt man zuweilen zur Antwort, dass eine alleinstehende Person ohne Auto bei bescheidener Lebensführung eine Summe zwischen 1.100 und 1.300 Euro benötigt. In lokaler Währung sind das zwischen 870.000 und 1.000.000 Pesos. Der Mindestlohn liegt dagegen bei nur 301.000 Pesos. Das ist weniger als die Hälfte dessen, was in diesem urbanen Zentrum notwendig wäre! Die offiziellen Zahlen machen einen noch fassungsloser. Nach der Umfrage CASEM von 2017, die von der Regierung alle zwei Jahre durchgeführt, lag das Pro-Kopf-Arbeitseinkommen pro Haushalt des untersten Zehntels bei nur 71.980 Pesos. Der landesweite Durchschnitt dieses Wertes liegt bei 776.999 Pesos. Laut CASEM haben 70% der chilenischen Haushalte weniger als diesen Durchschnittswert zur Verfügung. Dagegen verfügt das oberste Zehntel mit 2.810.689 Pesos mehr als doppelt so viel wie das gleich nach ihm kommende.

Sprach man vor einem Jahr mit politisch interessierten Menschen aus der Basis der *Concertación* über diese Lage, und gehörten sie nicht zu den ökonomischen Nutznießern des Systems, konnte man eine gewisse Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit spüren. Laut ihren Erklärungen können viele Menschen ihren Lebensstandard nur mit Schulden aufrecht erhalten. Da sie diese nicht wirklich zurückzahlen können, werden sie bei Fälligkeit von einer Kreditkarte zur nächsten verschoben. Zu ihrer persönlichen Lage wollten sie sich nicht äußern. Das erklärt sich vielleicht durch die Zahlen, die ein chilenisches Online-Medium zur Verschuldung der Menschen veröffentlichte.

In einem Interview mit *EL MOSTRADOR*<sup>4</sup> erklärt Lorena Pé-

1– [https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones\\_parlamentarias\\_de\\_Chile\\_de\\_1965](https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_parlamentarias_de_Chile_de_1965)

2– [https://es.wikipedia.org/wiki/Administradoras\\_de\\_fondos\\_de\\_pensiones\\_de\\_Chile](https://es.wikipedia.org/wiki/Administradoras_de_fondos_de_pensiones_de_Chile)

3– [https://es.wikipedia.org/wiki/Proyectos\\_de\\_ley\\_y\\_reformas\\_relacionadas\\_a\\_las\\_protestas\\_en\\_Chile\\_de\\_2019](https://es.wikipedia.org/wiki/Proyectos_de_ley_y_reformas_relacionadas_a_las_protestas_en_Chile_de_2019)

4– <https://www.elmostrador.cl/destacado/2019/10/25/el-endeudamiento-como-gimnasia-financiera-una-de-las-claves-de-la-revuelta-de-octubre/>

rez, sie hat die Verschuldung in Chile untersucht, dass „Personen mit kleinen und mittleren Einkommen – anders gesagt, die Mehrheit der Chilenen – ungefähr 27% ihrer Gehälter für ihre Konsumentenkredite ausgeben“. Bei den niedrigen Gehältern geraten viele in Verzug und so befindet sich jeder vierte volljährige Chilene auf einer Liste säumiger Schuldner. Aufgrund der niedrigen Löhne wird der von der Kreditkarte eingeräumte Überziehungskredit von den Menschen als Teil des verfügbaren Einkommens angesehen. Ohne ihn würden sie nicht über die Runden kommen. Im Laufe der Zeit hat sich das zugespitzt. „Die Generation die ich untersuche, die sich für die Ausbildung verschuldet hat, leidet heute unter den ökonomischen Kosten die dadurch hervorgerufen werden, das ihre Eltern im System der privaten Rentenversicherungen in den Ruhestand gehen. Diese Generation muss ökonomisch ihre eigenen Schulden tragen, die Kosten der Miserablen Renten ihrer Eltern und ihrer eigenen familiären Projekte.“ Zur Lösung dieser Probleme hält sie strukturelle Änderungen für notwendig. Eine Erhöhung des Mindestlohns um 50.000 Pesos, wie jetzt von der Regierung angekündigt, reicht da nicht aus.

Wie Massiv das Problem der Verschuldung in Chile ist zeigt ein Vergleich des argentinischen Soziologen Atilio Borón: „Die chilenischen Haushalte sind die am meisten verschuldeten der Welt, ihre Schulden entsprechen 43% des BIP während es in Argentinien 12% sind.“<sup>5</sup>

Die schon erwähnten Menschen aus der Basis der Concertación wussten auch politisch nicht mehr weiter. Aus ihrer Sicht hatten sie in diesem Bündnis und ihrer jeweiligen Partei eigentlich alles versucht. Wesentliche Änderungen konnten aber nicht erreicht werden. Der institutionelle Rahmen den die Militärs den zukünftigen demokratischen Regierungen vorgegeben hatten ließ sich nicht Sprengen. So gesehen ist es kein Wunder, dass jetzt die zentrale

Forderung die nach einer neuen Verfassung ist.

Für die Rechte und damit für das Kapital lief alles bestens. Die menschlichen Ressourcen des Landes konnten problemlos Ausgebeutet werden.



Und zeigte sich Widerstand wurde er relativ einfach neutralisiert. Piñera hat mit der Kennzeichnung Chiles als „Oase des Friedens“ die Sichtweise der herrschenden Klasse auf den Punkt gebracht.

In dieser komfortablen Lage wollte man die Sozialpolitik Bachelets abräumen und die von der alten Regierung durchgeführte Erhöhung der Unternehmenssteuern zurücknehmen. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Erhöhung der Fahrpreise während der Stoßzeit. Erste Kritik an der Preiserhöhung konterte der Wirtschaftsminister mit dem Hinweis „wer früher aufsteht dem ist mit niedrigeren Tarifen geholfen“<sup>6</sup>. Diesen Rat hat er Leuten gegeben die häufig eh schon rund um die Uhr arbeiten!

An diesem Ausspruch zeigt sich ein Problem rechter Regierungen in Chile. Die Ministerbank wird mit den Vertretern wichtiger Kapitalgruppen besetzt. Sie sind gewohnt Firmen zu Leiten und verhalten sich in ihren neuen Ämtern entsprechend. Nach einiger Zeit haben sich diese Personen

unmöglich gemacht und müssen ausgetauscht werden. Dann rücken Politiker aus den Rechtsparteien nach. Sie wissen besser wie den Menschen eine für sie nachteilige Politik verkauft. Dieser Vorgang hat sich jetzt wieder-

holt. Piñera hat nach dem Beginn der sozialen Erschütterungen die Hälfte seiner Minister entlassen.

## Der Zündfunke waren die Studenten

Aufgrund ihrer Aussichten und den Erfahrungen ihrer Vorgänger ist es kein Zufall das die soziale Explosion von den Studenten ausgelöst worden ist. Als Protest gegen die Fahrpreiserhöhung beschlossen sie kollektiv Schwarz zu fahren und übersprangen in größeren Gruppen die Sperren. Das ging mehrere Tage so während von Seiten der Regierung nur Drohungen zu hören waren. Die Proteste wurden nur als Sicherheitsproblem behandelt. Daher versuchte die Obrigkeit das Schwarzfahren mit massiven Polizeieinsätzen zu verhindern. Das führte zu Auseinandersetzungen in den Stationen der Metro in deren Folge zahlreiche<sup>7</sup> Bahnhöfe mehr oder weniger zerstört worden sind.

Jetzt trat etwas ein was man in sehr kleinem Maßstab in Chile ab und zu beobachten kann. Die Menschen solidarisierten sich mit denen, die gerade den geregelten Ablauf ihres Lebens stören. In diesem entpolitisierten Land begannen die Menschen über

5– <http://diariouno.pe/chile-firma-el-certificado-de-defuncion-del-neoliberalismo-para-america-latinal>

6– <https://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2019/10/18/fontaine-y-sus-dichos-por-rebaja-en-horario-bajo-en-el-metro-hubo-un-mal-entendido-de-lo-que-quiso-decir/>

7– <https://www.railjournal.com/passenger/metros/santiago-metro-suffers-serious-damage-in-fares-hike-protest/>

ihre Lage zu sprechen. Am Ende der Woche startete die oben beschriebene Mobilisierung. Nun ging es nicht mehr um 30 Pesos sondern um 30 Jahre! Die 30 Jahre Demokratie in denen das Volk schon unter dem neoliberalen Joch leidet. Doch diese Parole greift zu Kurz. Eigentlich müsste es um die Zeit seit dem Militärputsch gehen. Mit ihm begann die Zerstörung des Sozialstaates und die Orientierung an den wirtschaftsliberalen Dogmen. Doch der Schlachtruf mit den 30 Jahren drückt das aktuelle Bewusstsein der meisten Chilenen aus. Die Zeit davor wird am Liebsten verdrängt.

Es ist hier nicht der Platz um die einzelnen Schritte der Regierung und der Bewegung nach zu Zeichnen. Doch so viel: Es kam zu einer Repression wie man sie zuletzt während der Militärdiktatur gesehen hat. In den ersten vier Tagen wurden mehr als 5.400 Menschen Verhaftet. Die peruanische Tageszeitung *DIARIO UNO*<sup>8</sup> hat das mit den Zahlen aus Hong Kong verglichen. Danach sind das mehr als doppelt so viele Festnahmen wie in der chinesischen Sonderverwaltungszone seit dem Beginn der dortigen Proteste vor etwa einem halben Jahr. Die Zeitung kommentiert, dass wir die Bilder der Aufstandsbekämpfung in den westlichen Medien in Endlosschleife zu sehen bekämen wenn Piñera nicht ein so treuer Alliiertes Washingtons wäre.

### Differenzen zwischen politischer und militärischer Führung?

Die Menschen ließen sich von der massiven Repression nicht einschüchtern, auch der Ausgangssperre widersetzten sie sich. Als letzter Schritt zur Niederschlagung der Proteste wäre nur noch das Kriegsrecht geblieben. Doch auf die Ausrufung des Kriegszustandes hat man verzichtet obwohl sich Piñera im „Krieg gegen einen mächtigen Gegner“ sieht. Auf einer Pressekonferenz während des Ausnahmezustandes erklärte dagegen General Iturriaga: „Ich bin ein glücklicher Mann. Die Wahrheit ist, ich befinde mich nicht im Krieg, gegen Niemanden.“<sup>9</sup> Noch am gleichen Tag war er gezwungen seine Worte zu Erklä-

ren. Er versicherte, dass seine Intention keine Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Präsidenten war. Auffallend ist aber doch wie schnell die Soldaten wieder von den Straßen verschwanden. Wenige Tage nach seiner Ausrufung wurde der Ausnahmezustand zurückgenommen. Die brutale Repression geht trotzdem weiter und wird nun von der paramilitärischen Polizei getragen.

Dabei haben die Carabineros von den europäischen Polizeibehörden

geschoss. Sie hat bei mehr als 230<sup>10</sup> Menschen zum Verlust eines Auges geführt, bei zwei von ihnen sogar zum kompletten Erblinden. Dieses „Gummigeschoss“ ist eigentlich ein ganz normales Projektil das als Schrot verschossen wird. Es besteht im wesentlichen aus Metall. Es dring in den Menschlichen Körper ein und führt auch an anderen Körperteilen zu hässlichen Verletzungen. Doch über diese Fälle wird bei uns in den Medien so gut wie nicht berichtet.



gelernt. Es darf keine Toten geben! Die Menschen aber so zuzurichten, dass sie zu Krüppeln werden, das geht. Die Öffentlichkeit nimmt das nicht wirklich wahr. Dementsprechend ist die Mehrheit der Toten bisher nicht durch Polizei oder Militär gestorben. Sie sind bei Plünderungen verbrannt. Das wird von einigen Beobachtern als Ausdruck der neoliberalen Prägung der Akteure gesehen. Sie nehmen nicht mehr auf Einander Rücksicht. Die Plünderungen richten sich nicht nur gegen die großen Ketten sondern auch gegen kleine Geschäftsleute. Sie leiden unter dem System wie alle Anderen auch.

Die wahrscheinlich grausamste Waffe der Carabineros ist die Verwendung einer neuen Art Gummi-

### Wer geht auf die Straße?

Auf Seiten der Demonstranten ist festzustellen, dass sie sich nicht als Linke verstehen. Bezeichnend ist dafür der Videoblog<sup>11</sup> einer in Chile lebenden Peruanerin. Sie erklärt ihren Landsleuten daheim was in ihrer neuen Heimat gerade passiert. Nach einer sehr emotionalen Darstellung der sozialen Realität betont sie ausdrücklich, dass sie und ihre Nachbarn weder Links noch Rechts sind. Auch weist sie empört die Vorwürfe zurück, dass die Proteste von Cuba und Venezuela angefacht worden sind.

Diese Grundeinstellung prägt auch die Demonstrationen. Man sieht viele Transparente mit Forderungen die sich gegen die Auswüchse des Neoliberalismus wenden. Doch Fahnen

8– <http://diariouno.pe/chile-una-protesta-contral-neoliberalismo-que-los-medios-se-niegan-a-reconocer/>

9– Beide Zitate aus: <https://www.youtube.com/watch?v=k3HMAX9bvd0>

10– <https://www.elciudadano.com/especiales/chiledesperto/todos-con-parche-en-el-ojo-elllamado-a-manifestarse-por-las-victimas-de-lesiones-oculares/11/29/>

11– <https://www.youtube.com/watch?v=QO1FHHmo88M>

von linken Organisationen sah man am Anfang der Proteste nicht! Das hat sich mit der Zeit geändert aber wirklich viele sind es immer noch nicht.

Auffallend war die gleich große Zahl an Chilenischen- und Mapuchefahnen. Mit einer chilenischen Fahne bringt man zum Ausdruck, dass man ein Bürger des Landes ist. Man hat daher ein Recht gehört zu werden. Mit einer Mapuchefahne stellt man sich in einen Gegensatz zur chilenischen Gesellschaft.

Die herrschende Klasse hat in den letzten Jahren die verschiedenen Strömungen der Mapuche-Bewegung als ihren größten Feind angesehen und sie auch so behandelt. Das reichte bis zum Mord an Angehörigen dieser Minderheit. Auf der anderen Seite gibt es in der Mapuchebewegung aber auch militante Segmente. Die bekämpften z.B. den Bau eines neuen Flughafens in Temuco mit Anschlängen auf Baumaschinen. Jemand der eine Opposition zur herrschenden Klasse sucht wird hier fündig. Er kann sich in den Gegensatz „Chilenischer Staat“ – „Nation Mapuche“ einordnen. Damit ist hier eine ethnische Frage an die Stelle der Klassenfrage getreten. Entsprechend jubelte im Fernsehen ein Hochschullehrer dieser Ethnie darüber, dass den Menschen jetzt die Kosmovision der Mapuches wichtig geworden ist, sprich die Esoterik der Mapuches.

Dafür sprechen auch statistische Daten. Laut der Umfrage CASEM ist der Anteil der Indigenen an der Bevölkerung Chiles von 2006 bis 2017 von 6,6 auf 9,5 Prozent gestiegen. In Zahlen gab es einen Zuwachs um 634.084 Personen, von 1.060.786 auf 1.694.870 Menschen. Das ist ein Wachstum um fast 60% in elf Jahren! Es lässt sich nicht mit der Geburtenrate erklären.

Die große Mehrheit der Chilenen sind Mestizen. Sie haben sowohl europäische als auch indigene Vorfahren. Sie können sich also aussuchen welche ihrer Ahnen ihnen gerade wichtiger sind. Offensichtlich geht da die Tendenz gerade in Richtung der indigenen Seite.

Es ist die Frage ob sie sich damit einen Gefallen tun. Eine Strömung der Mapuche-Bewegung fordert die Rückgabe des gesamten Territoriums zwischen dem Fluß Bio Bio und der Stadt Puerto Mont. Nur in den größeren Städten dürfen dann noch „Spanier“ bleiben. Das ist ein Programm für eine ethnische Säuberung! Welcher Mestize dann die Aufnahme in den Kreis der Mapuches findet wird sich zeigen.

Das diese Frage viel Konfliktstoff birgt sieht man an der Zerstörung zahlreicher Statuen von Pedro de Valdivia. Er kommandierte die Expedition die Chile dem Spanischen Reich einverleibte. Man kann also feststellen, dass Kräfte, die für alles mögliche stehen nur nicht für eine sozialistische Perspektive, wissen was sie wollen. Sie nutzen das Machtvakuum das durch die sozialen Proteste entstanden ist. Möglicher Weise sind diese Zerstörungen Teil ihrer Strategie zur Machteroberung.

Eine Strategie fehlt aber den aus sozialen Gründen auf die Straße gehenden. Möglicher Weise werden sich neue Strukturen herausbilden, aber das bleibt abzuwarten. Im Moment verhandeln die Oppositionsparteien, die Teil des Problems sind, mit der Regierung. Sie haben sich auf einen Weg zu einer neuen Verfassung verständigt. Diese Vereinbarung lässt der Rechten aber ihre Macht zur Blockade. Daher haben die Abgeordneten der KP dem nicht zugestimmt.

## Was bleibt?

Kurzfristig die Rücknahme der Steuersenkung für Unternehmen wie auch der Preiserhöhung der Metro. Die Erhöhung des Mindestlohns, wenn auch auf neoliberale Art<sup>12</sup>. Die Gehaltserhöhung soll die Unternehmen nicht belasten, daher will ihnen der Staat die Kosten erstatten. Dazu kommt noch die Steigerung der Mindestrente, damit ist das Problem der miserablen Renten aber auch nicht gelöst.

Mittelfristig wird eine neue Verfassung kommen. Ihre Abfassung

soll mit einem leeren Blatt Papier beginnen. Man wird sehen ob mit ihr dem Neoliberalismus Zügel angelegt werden können oder es auf eine Optimierung des bestehenden Systems hinausläuft.

Langfristig wird das neue Selbstbewusstsein der Bevölkerung seine Wirkung entfalten. Ob es zu einer allgemeinen Repolitisierung des Landes führt bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle sind die gemachten Erfahrungen eine gute Basis für zukünftige soziale Kämpfe.

International gesehen ist der Neoliberalismus entzaubert worden, auch wenn das in Deutschland wohl nicht so schnell ankommen wird. Man braucht dabei gar nicht so weit gehen wie *DIARIO UNO*. Sie jubelt in einer Überschrift: „Chile unterschreibt den Totenschein für den Neoliberalismus in Lateinamerika.“<sup>13</sup> Grundsätzlich hat sie aber Recht! Wenn die Lebensbedingungen der Menschen im neoliberalen Musterstaat so unerträglich werden, dass Leute auch nach Wochen harter Repression weiter auf die Straßen gehen, dann ist dieses System an seinem Ende. Die Rechte hat mit ihrer „Stillen Revolution“<sup>14</sup> das Ziel verfolgt, dass solche kollektive Erhebungen nie mehr vorkommen. Damit ist sie grandios gescheitert.

Das wissen auch kluge Angehörige der Herrschenden Klasse. *DIARIO UNO* ist dafür ein peruanisches Beispiel. In Chile ist Jeannette von Wolfersdorff von ihrem Amt im Vorstand der Börse von Santiago zurückgetreten<sup>15</sup>. Sie wirft den ökonomischen und politischen Eliten des Landes vor, die Schuld an der gegenwärtigen Krise zu Tragen. Gleichzeitig fordert sie eine Umverteilung von Oben nach Unten. Auch wenn man es sich schwer vorstellen kann, die Revolte könnte der Auslöser eines grundsätzlichen Strategiewechsels der chilenischen Bourgeoisie werden. Vielleicht steht wieder eine Politik der Klassenzusammenarbeit auf der Tagesordnung. Das gab es in Chile schon einmal. Dafür stehen die Volksfrontregierungen die ab 1938 soziale Sicherungssysteme eingeführt haben. Diese Linie wurde mit der Orientierung auf den Militärputsch verlassen. Vielleicht erleben wir ja eine Wiedergeburt dieser Politik und das wäre für Chile eine revolutionäre Wende.

Emil Berger, 28.11.2019

12– *Süddeutsche Zeitung*, 7.11.2019, Chiles Regierung lenkt ein

13– <http://diariouno.pe/chile-firma-el-certificado-de-defuncion-del-neoliberalismo-para-america-latinal>

14– Chile, *Stille Revolution*; Titel eines Buches des rechten Politikers Joaquín Lavín aus der Zeit der Militärdiktatur

15– <https://www.elmostrador.cl/mercados/2019/11/24/directora-del-observatorio-fiscal-laredistribucion-del-capital-jamas-va-a-funcionar-si-la-elite-no-esta-de-acuerdo/>

## Lateinamerika

# Abgewürgte Aufbrüche

*Der Neoliberalismus steckt tief in der Krise, doch gibt es eine Alternative?  
Die Bilanz linker Regierungen kann nur teilweise überzeugen*



**D**er Subkontinent durchlebt einen eigenartigen historischen Moment. Auf der einen Seite sind die Rechten und ihr neoliberales Projekt nach 20 Jahren tief in der Krise. In Ecuador hat ein Massenaufstand die Regierung zur Rücknahme von Sparmaßnahmen gezwungen, in Argentinien verlor die Rechte nach nur einer Amtszeit wieder die Regierung, und in Chile ist so etwas wie eine demokratische Revolution im Gange. Auf der anderen Seite aber weiß auch die Linke nicht so recht weiter. In Brasilien vermochte der große Partido dos Trabalhadores (PT) dem rechtsextremen Fanatiker Jair Bolsonaro nichts entgegenzusetzen. Der venezolanische Staat befindet sich unter Nicolás Maduro in offenem Zerfall, in Nicaragua herrscht Daniel Ortega wie ein rechter Despot. In Bolivien ist Evo Morales Opfer eines rechten Putsches geworden, der auf Gegenwehr stößt. Zuvor hatte

sich von Morales ein gewichtiger Teil der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entfernt.

Wie lässt sich der Zustand der Linken erklären? In den europäischen Debatten wird häufig auf den „Extraktivismus“ verwiesen, also eine Wirtschaftspolitik, die auf der Ausplünderung von Bodenschätzen und dem Export von Agrarprodukten beruht. Der Hinweis ist nicht unberechtigt, legt aber insofern eine falsche Fährte, als die Präsidenten Lula, Chávez, Correa oder Morales nicht wegen Umweltvergehen und zu hoher Ölexporten unter Druck gerieten. Ihr Problem war vielmehr, dass der gesellschaftliche Wandel steckenblieb. Es gelang den Linksrégierungen zwar, Rohstoffeinnahmen unter staatliche Kontrolle zu bringen, Sozialprogramme zu finanzieren und damit Armut und Einkommensungleichheit zu reduzieren, nur grundlegend veränderte ökonomi-

sche Strukturen gab es kaum. Und was noch bemerkenswerter ist: Auch in rechts regierten Ländern gingen Armut und Ungleichheit in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten zurück. Laut Lateinamerikanischer Wirtschaftskommission CEPAL ist die Armutsrate in Peru fast genauso stark gefallen wie in Bolivien. In Brasilien blieb unter Lulas PT die Ungleichheit so groß wie in Kolumbien, wo die Linke ohne Machtoption ist.

### Von ihrer Basis entfremdet

Das einzige Land, in dem die Linke wirklich einen Systemwechsel verfolgte, war Venezuela – leider ist die Bilanz desaströs. Fast alle der 180.000 Genossenschaften, die Mitte der 2000er Jahre auf Initiative von Präsident Chávez gegründet wurden, zerfielen nach wenigen Monaten wieder. Bei den 500 verstaatlichten

Betrieben ist die Produktion weitgehend zusammengebrochen, die öffentliche Infrastruktur ist trotz hoher Staatsausgaben so marode, dass die venezolanische Ölförderung heute nur noch ein Drittel des Ursprungsniveaus beträgt.

So bleibt als wichtigster Erfolg der Linksregierungen, dass sie extrem rassistische Staaten für die unteren Klassen – Bauern, Afroamerikaner und Indigene – geöffnet haben. In Brasilien, Bolivien und Venezuela verwandelte sich mit der Linken das Gesicht des Staates. Auch seine Bedeutung für die Gesellschaft nahm zu. Solange die Öl- und Gas-einnahmen sprudelten, haben die Linksregierungen die Staatsapparate ausgebaut. Man hat in Bildung und Gesundheit investiert, aber ebenso Bürokratien aufgebläht. Was sich dabei nicht zum Besseren verändert hat, ist die Funktionsweise des Staates. Die Sozialausgaben wurden als Geschenke der Präsidenten präsentiert, die neuen, aus der Unterschicht aufsteigenden Führungsgruppen verhielten sich ähnlich wie die weißen Eliten, die früher den Staat kontrollierten. Klientelismus, Korruption und die autoritäre Durchsetzung eigener Interessen bestimmten auch unter den Linksregierungen den politischen Alltag.

Das rückt die derzeit heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern in Lateinamerika in ein ganz anderes Licht. Dass die Linksregierungen so erbittert bekämpft werden und jetzt wie in Bolivien zum Opfer eines Staatsstreichs werden, liegt nicht daran, dass sie den Kapitalismus infrage gestellt hätten, sondern dass die neuen Führungsgruppen den alten Eliten den Zugriff auf die Ressourcen streitig machen.

Das Dramatische an der Lage ist, dass der Widerstand von rechts die Anpassung der Linken beschleunigt. Um im Konflikt zu bestehen, haben die Linksregierungen in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, Teile der alten Eliten in ihr Projekt einzubinden. Die PT-Regierung von Lula schuf um den staatlichen Ölkonzern Petrobras herum ein Netzwerk, das brasilianischen Baukonzernen Aufträge zuschanzte und die illegale Finanzierung der Parteien in der Regierungskoalition sicherstellte. In

Bolivien schloss Präsident Evo Morales einen Pakt mit den Großgrundbesitzern im Osten des Landes, der die Erschließung der Urwaldgebiete erleichterte. Das hat den Hass der alten Eliten nur vorübergehend besänftigt, die Linksregierungen aber von ihrer eigenen Basis entfremdet. Frustriert stellen viele Linke heute fest, dass die neuen Strukturen der links regierten Staaten den alten erschreckend ähnlich sind, der Protest dagegen aber der extremen Rechten den Weg ebnet.

Was hätte die Linke anders machen können? In Lateinamerika selbst haben viele Kritiker gefordert, den Transformationsprozess zu radikalisieren. Doch ob eine „revolutionäre“ – ökologischere, indigenere, feministischere – Politik wirklich die Krise hätte verhindern können, ist mehr als zweifelhaft. In Ecuador, Bolivien und Brasilien sind alle Bemühungen, Kandidaturen links der Regierung aufzustellen, unter fünf Prozent geblieben. Die einzige Abstimmungs-niederlage Hugo Chávez' datiert von 2007, als der Präsident eine sozialistische Verfassungsreform durchsetzen wollte. Es stimmt, dass die Basis der lateinamerikanischen Linken mehr Veränderungen wollte als nur die Öffnung des Staates für Angehörige der unteren Klassen. Doch genauso richtig ist, dass die Bevölkerungsmehrheit die extraktive Wirtschaftsstruktur keineswegs ändern wollte – man forderte einen größeren Teil des Kuchens, aber am mühsamen Aufbau einer neuen Lebens- und Produktionsweise beteiligten sich nur wenige.

### Personenkult, und dann?

Die wichtigste Lehre aus diesen Erfahrungen besteht wohl darin, dass sich in Lateinamerika die Grenzen einer staatlich gelenkten Transformation erneut gezeigt haben. Linksregierungen können zur Gründung von Genossenschaften aufrufen und Fördergelder verteilen. Sie können Nachbarschaftsräte einführen und – wie in Venezuela – den „Kommune-Staat“ proklamieren. Doch ob Kooperativen, Arbeiter- und Nachbarschaftsräte auch wirklich funktionieren, hängt vom Bewusstsein und vom Organisationsgrad der Menschen ab. Wenn es keinen gesellschaftlichen Aufbruch

von unten gibt, ist es auch mit den Reformen von oben nicht weit her.

Die lateinamerikanische Linke hätte das stärker berücksichtigen können. Der Staat kann Initiativen von unten fördern, aber nicht an ihre Stelle treten. Punktuell hatten die Linksregierungen das verstanden. In Venezuela unterstützte Chávez Landbesetzer beim Bau von Wohnungen, in Brasilien kaufte die PT-Regierung einen Teil der Nahrungsmittel für die Schulspeisung bei den Genossenschaften der Landlosenbewegung MST. Doch diese Verbindung von gesellschaftlicher Organisierung und staatlicher Reformpolitik blieb eher die Ausnahme. Der Regelfall war, dass die Regierungen Loyalität und Treue gegenüber der Führung einforderten, Probleme mit Sabotage erklärten und Kritik als konterrevolutionären Angriff deuteten.

Das hat dazu geführt, dass man eigenständige Organisationsprozesse abwürgte und Fehlentwicklungen nicht mehr zur Kenntnis nahm. Statt des Personenkults, der vorübergehend sehr gute Wahlergebnisse garantierte, die eigene Basis aber zugleich entmündigte, hätte man jenen Aufbruch, der die Linksregierungen überhaupt erst ins Amt trug, am Leben erhalten müssen. Weniger Líder, mehr kämpferische Bewegungen und Gewerkschaften. Die Rückkehr der extremen Rechten hätte das vermutlich nicht verhindert. Aber die Legitimität, mit der die Linke heute den Angriff der alten Eliten parieren könnte, wäre sehr viel größer.

Raul Zelik

*Raul Zelik ist Roman- und Sachbuchautor, u. a. Mitherausgeber von **Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen – eine europäisch-lateinamerikanische Debatte***

*Dieser Beitrag erschien zuerst bei der Wochenzeitung **der Freitag**, Ausgabe 47/2019 vom 20.11.2019.*

*Wir bedanken uns für die Nachdruckerlaubnis bei der Redaktion.*

*service@abo.freitag.de*

**der Freitag**  
Die Wochenzeitung

# Unsere Jahreskonferenz

Die Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme fand am 26. und 27. Oktober wie immer in Nürnberg statt. Viele Genossinnen und Genossen hatten sich zu einem gemeinsamen Meinungsaustausch eingefunden. Auch Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik und der AG International Dorfen nahmen wieder an unserem Treffen teil. Die Zahl der Teilnehmer war etwas geringer als in den vergangenen Jahren, weil unsere englischen und österreichischen Genossen krankheitsbedingt verhindert waren. Sie hätten auch mit Berichten und Referaten aus ihren Ländern zum Ablauf der Jahreskonferenz beitragen sollen. Wir änderten die Tagesordnung daraufhin ab, die nun so aussah:

- Bericht zur Lage der Gruppe
- Die IGM nach dem Gewerkschaftstag
- Einschätzung der Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen
- Aussprache über die Innenpolitik
- Lage in Lateinamerika
- Kriegsgefahr am Persischen Golf, Handelsstreit der USA mit China und der EU (Versuch einer Einschätzung der Weltlage)

## Zur Lage der Gruppe

Am Beginn stand der Bericht zur Lage der Gruppe, den unser Nürnberger Altgenosse verfasst hatte und den er in bewährter Manier vortrug. Dieses Referat liegt vor und wird in dieser Nummer abgedruckt.

In der Aussprache darüber kam zum Ausdruck, dass das Engagement von Linken in Deutschland zumindest quantitativ weniger wird. In den Städten gibt es immer noch einige linke Gruppen, die Veranstaltungen und Aktionen durchführen, aber in den ländlichen Gebieten wird das immer weniger. Die Repressionen gegen Linke nehmen zu, was u.a. zu einem Anstieg der Mitglieder der Roten Hilfe führt. Als positiv gilt es zu vermelden, dass die Zusammenarbeit mit der AGI und Genossen der Arpo weiterhin besteht und

ausgebaut werden konnte. So nahm der Artikelaustausch mit der Arpo zu. Der Internetauftritt der Arsti war Anfang des Jahres neu gestaltet worden und kann sich nun auch wirklich sehen lassen. Damit haben die Genossinnen und Genossen eine Lücke geschlossen, die wir schon auf den letzten Konferenzen immer wieder bemängelt hatten. Wer es noch nicht wissen sollte, hier die Adresse: [www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org).

Vieles, was notwendig wäre, konnten wir mit unseren geringen Kräften allerdings nicht erledigen.

Unsere Hauptaufgabe haben wir aber auch im vergangenen Jahr erfüllt und vier Ausgaben der Zeitung herausgebracht – auch die beiden Seminare in Nürnberg und München konnten wir wieder durchführen. Das sind zwar nur kleine Brötchen, aber ein wenig stolz können wir auf die geleistete Arbeit schon sein. Bei der Redaktionsarbeit sollten wir uns besser absprechen und ergänzen; damit hoffen wir, dass einige Fehler, die uns bei den letzten Ausgaben der Arsti unterlaufen sind, nicht mehr passieren.

Nachdem unsere Rücklagen nun nahezu aufgebraucht sind, ist unsere finanzielle Lage schwierig. Die Herausgabe der Arsti ist ein „Zusatzgeschäft“ und wir sind mehr denn je auf die finanzielle Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen.

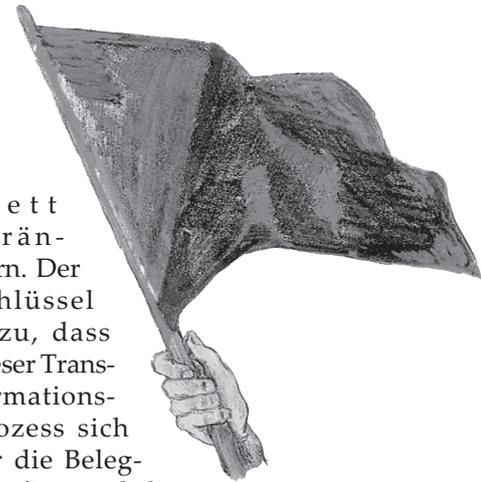
## Entwicklungen in der IG-Metall

Das zweite Referat hielt ein Genosse, der viele Jahre in der IGM tätig war und diese Gewerkschaft von innen her kennt. Es trägt den Titel: „Digitalisierung – Fluch oder Segen?“ und wird in dieser Nummer abgedruckt.

Beim Gewerkschaftstag im September in Nürnberg zeichnete sich ab, dass es keine grundsätzlichen Änderungen in der Politik der IGM geben wird. Dabei geht ein großes Unbehagen bei den Mitgliedern wegen des bevorstehenden Strukturwandels in den Betrieben um. Viele Arbeitsplätze werden der Digitalisierung zum Opfer fallen, weit mehr werden sich kom-

plett verändern. Der Schlüssel dazu, dass dieser Transformationsprozess sich für die Belegschaften und die Gesellschaft auch zu einem sozialen Fortschritt entwickeln kann, soll laut IGM in kämpferischen Tarifauseinandersetzungen liegen. Es wird um Verteilungsgerechtigkeit, mehr Eigenverantwortlichkeit, mehr Freizeit und die Mitbestimmung in den Betrieben gehen. Ein gutes staatliches Bildungssystem wird als Voraussetzung angesehen.

Die anstehenden Transformationsprozesse werden zur gesellschaftlichen Herausforderung, mit der bisherigen sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung wird das nicht mehr zu machen sein. Den Gewerkschaften kommt hierbei eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu. Der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit tritt immer deutlicher zu Tage. Unternehmer sind nun mal nicht die Gönner der lohnabhängig Beschäftigten und sie bewegen sich zu deren Vorteil nur auf Druck der Gewerkschaften, wie wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen. Die Flächentarifverträge geraten immer weiter unter Druck und auf „Arbeitgeberseite“ wird schon länger über Einschränkungen beim Streikrecht diskutiert. Wird die Sozialpartnerschaft etwa von dieser Seite her aufgekündigt? Die Zukunft wird schwierig und vom Gesetzgeber haben sich Lohnabhängige nicht viel zu erhoffen. Leider ist auch von der Kraft der Gewerkschaften nicht mehr allzu viel zu erwarten. Jedoch – es muss nicht so bleiben, wie es ist. Den Veränderungen wird mit Arbeitskämpfen entgegengetreten werden, wobei deren Radikalisierung nicht ausgeschlossen ist. Um diese Kämpfe in eine weiterführende Richtung zu treiben, wäre allerdings eine sozialistische Partei notwendig – die Linke ist das nicht.



Im Folgenden werden einige Diskussionspunkte herausgestellt:

Eine gute Wirtschaftslage macht es für die Gewerkschaften relativ einfach, ihre Tarifforderungen durchzusetzen. Durch Digitalisierung und Automatisierung schreitet die Vereinzelung ganzer Arbeitsabläufe und der lohnabhängig Beschäftigten voran – allerdings kann das auch ein starkes Machtmittel sein, um ganze Bereiche lahmzulegen. Im Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit müssten die Gewerkschaften zu Kampfschulen der Arbeiterklasse werden.

### Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen

Zum diesem Tagesordnungspunkt hatten wir kein ausgearbeitetes Referat vorliegen. Als Einführung in das Thema gab der Genosse, der den Artikel *„Debakel im Osten“* in der Herbstnummer geschrieben hatte, eine kurze Einschätzung ab. Dabei brachte er auch wieder zum Ausdruck, dass es eher verwunderlich sei, dass die AfD in diesen Ländern nicht zur stärksten Partei geworden sei, wie es einige Prognosen vorausgesagt hatten. Denn *„die Mehrzahl der Ostdeutschen haben mit der Übernahme der DDR durch die BRD zum Teil traumatische Erfahrungen gemacht, die bis heute nachwirken. Die noch 1990 vorhandenen Illusionen wurden auf brutalste Weise zerstört.“* Die Treuhand hatte eine verheerende Rolle bei der Verschleuderung des DDR-Volkvermögens gespielt – zugunsten des westdeutschen Kapitals. Zur Vertiefung wird noch einmal auf den Artikel *„Debakel im Osten“* in Arsti Nr. 205 verwiesen.

Dass es nicht schlimmer kam, war u.a. auch der Verdienst der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der bürgerlichen Parteien, die in der AfD ihren Hauptgegner ausgemacht und ihr entsprechend Paroli geboten hatten.

Für die Wahlen in Thüringen, die am Konferenzsonntag stattfanden, hatten die Prognosen Erfolge für Die Linke mit dem Ministerpräsidenten Ramelow vorhergesagt.

Hier das amtliche Endergebnis: Die Linke: 31%, SPD: 8,2%, CDU: 21,7% Grüne: 5,2%, FDP: 5%, AfD: 23,4%

Die beiden Volksparteien CDU und SPD mussten herbe Verluste

einstecken. Die FDP hat leider den Einzug in den Thüringer Landtag geschafft.

Nun einige Aussagen aus der Diskussion auf der Konferenz.

Zur Diskussion über Die Linke:

Prekär Beschäftigte fühlen sich durch Die Linke nicht mehr vertreten und werden es auch nicht. Der Nachwuchs in Die Linke besteht eher aus Akademikern, die durchaus auch mit Posten liebäugeln. Durch die verschiedenen Regierungsbeteiligungen im Osten wird Die Linke als Teil des Parlamentarismus und damit des Establishments gesehen.

Viele Protestwähler, die Die Linke haben gewählt haben, wählen jetzt AfD.

Der Rückzug von Sarah Wagenknecht, der einzigen wirklichen Linken in der Partei, die auch in der bundesdeutschen Medienwelt geschätzt wurde, wirkt sich negativ aus.

In den Gewerkschaften ist Die Linke zu wenig verankert, so hat sie es schwer, neue Mitglieder zu gewinnen.

Im Bundestag ist Die Linke die einzige Opposition gegen Sozialabbau sowie gegen Militarisierung und Kriegseinsätze.

Zur genaueren Einschätzung der Partei Die Linke wird auf den Artikel von Ekkehard Lieberam und Volker Külow verwiesen *„Die loyalste Opposition; Die Linke hat sich zu einer systemkonformen, parlaments- und regierungsfixierten Organisation formiert. Elf Thesen zum Zustand der Partei und darüber, was anders werden müsste...“* den wir aus der *„jungen Welt“* übernommen haben.

Zur Diskussion über die AfD:

Vor dem Hintergrund der *„Verwüstungen“* in manchen ländlichen Gebieten im Osten Deutschlands, in denen die Infrastruktur zusammenzubrechen droht, bzw. schon zusammengebrochen ist, wurde die AfD von vielen frustrierten Wählern als die einzige Partei angesehen, vor der die da oben noch Angst haben. Es wurde darauf hingewiesen, dass man die AfD-Wähler doch auch etwas differenzierter betrachten müsse; sie sind nicht alle Faschisten. Eine Differenzierung zwischen Aktivisten, Mitgliedern und Wählern sollte vorgenommen werden. Während die beiden Ersteren nicht mehr ansprechbar sind, gilt das für die Wähler in ihrer

Gesamtheit nicht – für sie könnte sogar die Möglichkeit bestehen, wieder nach links zu rutschen. Die herrschende Klasse hat kein Interesse an der Europafeindlichkeit der AfD, wobei diese ja auch für viele andere rechte Parteien in Europa Programm ist.

Hier der Redebeitrag unseres Altgenosse: *„Die soziale Frage darf nicht den Rechten überlassen werden. Die bürgerliche Demokratie muss gegen die Rechten verteidigt werden. Der DGB muss AfD-frei sein. Die AfD ist aus den gesellschaftlichen Widersprüchen entstanden; 40 – 50 Jahre ging es aufwärts, aber das untere Viertel der Bevölkerung hat keine Perspektiven. Das Geld verfällt, 365 Milliarden Verluste in der EU durch die Zinssenkung. Das Ziel, „meinen Kindern soll es mal besser gehen“, kann nicht mehr verwirklicht werden. Es gibt manche Ähnlichkeiten zum Aufstieg der NSDAP. Der Faschist Höcke wird von Gauland in der Mitte der Partei verortet. Die AfD ist zum organisatorischen Gerüst für Rechtsradikale geworden.“*

### Lateinamerika

Zum Abschluss des Samstags wandten wir uns den Entwicklungen in Lateinamerika zu. Auch hier verschlechtern sich die Bedingungen für eine linke Politik zusehends. Die Errungenschaften, die im Zuge des *„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“* gemacht wurden, schmelzen dahin. Sie werden zusätzlich von den USA hintertrieben, die fortschrittsfeindliche Kräfte unterstützen. Die Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien ist häufig manipulativ. Was in Nachrichten und Zeitungen berichtet wird, ist das Eine – was nicht berichtet wird, das Andere. So scheint es keine Probleme zu geben nach dem Motto: *„Aus den Augen, aus dem Sinn“*. Was nicht in den Hauptnachrichten auftaucht, scheint nicht mehr zu existieren. Es ist schwer, genauere und verlässliche Informationen aus diesem Teil der Welt zu erhalten.

Angeregt durch die Diskussion auf der Konferenz hat sich ein Genosse bereit erklärt, einen Artikel zu den aktuellen Entwicklungen in Chile zu verfassen, der in dieser Nummer erscheint.

## Kriegsgefahr am Persischen Golf, Handelsstreit der USA mit China und der EU (Versuch einer Einschätzung der Weltlage)

Auch zu diesem Thema hatten wir kein ausgearbeitetes Referat vorliegen. Der Genosse, der den Kopftitel „Kriegsgefahr am Persischen Golf“ in der letzten *Arbeiterstimme* verfasst hatte, gab eine kurze Einführung in diese Thematik. Ziel der USA ist es, den Iran weiterhin zu bedrängen und eventuell einen Regime-Change herbeizuführen, wobei nicht klar ist, was dann passiert. Aussichten auf eine „fortschrittlichere“ Regierung im Iran zeichnen sich nicht ab.

Aus der Diskussion: Trumps Politik soll vor allem eines – seiner Wiederwahl dienen. Die Republikaner waren schon immer gegen das Atomabkommen mit dem Iran. Ausgemacht scheint allerdings zu sein, die Situation im Iran zuzuspitzen zu wollen; dabei ist offen, was geschehen wird und wie lange das dauert.

Zur Invasion der türkischen Armee in Syrien merkte ein Genosse an, dass es erstaunlich sei, wie schnell sich die Lage dort wieder „beruhigt“ habe. Er vermutete, dass da wesentlich mehr an Absprachen dahinter steckten als bekannt gegeben wird. Russlands Eingreifen wurde damit begründet, dass es befürchten musste, beim Kampf um seine Interessen in Syrien zu kurz zu kommen, geht es doch auch um Russlands einzigen Zugang zu einem Hafen im Mittelmeer. Mit den abstrusen Vorstellungen von einem neo-osmanischen, großtürkischen Reich bedient Erdoğan nicht nur die Träume der AKP-Wähler, auch viele CHP-Anhänger liebäugeln damit, von den faschistischen Organisationen ganz zu schweigen. Unbestritten war in der Diskussion die Einschätzung, dass sich die USA militärisch langsam aus der Region zurückziehen werden. Syrien und der Iran sind für die USA eher als ein Nebenkriegsschauplatz anzusehen – im Hinblick auf den neuen Feind China.

Sie werden sich deswegen zukünftig mehr auf den pazifischen Raum hin orientieren. China wird Weltmacht werden, wenn auch noch nicht so bald. Die USA scheinen es jedenfalls als den Konkurrenten Nummer eins ausgemacht zu haben. Dabei wird China momentan noch überschätzt, sowohl was die militärische als auch die wirtschaftliche Stärke angeht. Eventuell werden die USA diese Tatsache ausnutzen; sie werden nicht abwarten, bis China sich auch militärisch zu einem ernstzunehmenden Gegner entwickelt hat.

Die Gemengelage auf der Welt kommt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nun erst so richtig zum Tragen. Die Welt ist „unübersichtlicher“ geworden, der Imperialismus tritt nun in einer kapitalistischen Welt wieder unverhohlen auf die Tagesordnung.

Als ein Zeichen der internationalen Solidarität kamen in einer Sammlung für Kuba 520 € zusammen.

# Zur Lage der Gruppe

## 48. Jahreskonferenz 26./27. Oktober 2019 in Nürnberg

**W**ir haben es schon auf den letzten Jahreskonferenzen betont, dass der Wirkungsraum sozialistischer Parteien und Gruppen zu einem wesentlichen Teil von den innen- und außenpolitischen Verhältnissen bestimmt wird.

Der vorherrschende Neoliberalismus grenzt von vornherein den ökonomischen Spielraum ein, nicht nur in Deutschland, sondern in allen EU-Staaten. Die wirtschaftliche Durchdringung wurde gleichzeitig zur Fessel für politische Veränderungen. Die militärischen Verflechtungen in der EU fördern den weltweiten Interventionismus. Die Voraussetzung für einen politischen Umschlag wäre das Anschwellen von Klassenbewegungen aufgrund von tiefen sozialen und politischen Krisen des Kapitalismus. Die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit Zusammenbrüchen, Massenarbeitslosigkeit und Elend führte

damals zu Faschismus und Krieg. Heute, wo ähnliche Zustände noch in die „Dritte Welt“ verschoben sind, haben die breiten Massen der Angestellten und Arbeiter in den Industrieländern längst einen kleinbürgerlichen Lebensstandard und sie haben die Illusion, dass dies immer so weitergeht. Das Viertel der arm Gebliebenen bleibt ausgegrenzt, vorläufig noch unfähig, sich politisch zu artikulieren oder es läuft den AfD-Hetzern und -Vereinfachern nach.

Doch inzwischen ist Wasser in den Wein geflossen. Wirtschaftssachverständige, auch aus dem Regierungslager, haben längst das Ende der langanhaltenden Weltkonjunktur angekündigt und vor einer neuen Finanzkrise gewarnt. Die Wirtschaftsdifferenzen zwischen den imperialistischen Ländern haben sich inzwischen zum Handelskrieg ausgeweitet und bedrohen damit die ohnehin labile Weltkonjunktur. Auch in Deutschlands Industrie,

besonders in den Autowerken, sind große Umschichtungen und Entlassungen angekündigt, die noch mehr Zersplitterung und Interessenskonflikte in die Betriebsbelegschaften bringen werden.

Das bedeutet einen noch stärkeren Bedeutungsverlust für die Gewerkschaften. Eine homogene Arbeiterklasse gibt es schon lange nicht mehr, zu stark sind die Einzelinteressen. Auch für Facharbeiter gibt es immer weniger Gewissheiten. Doch die meisten Menschen wollen einfach nicht wissen, auf welchem schwankenden Grund sie leben – in einer Gesellschaft zunehmender sozialer Ungleichheit. Die in den Händen der Großbourgeoisie befindlichen Massenmedien sorgen schon dafür, mögliche Unruhen zu verhindern, Bewegungen zu diskreditieren oder zu verleumdern. Wer einst gegen die Notstandsgesetze demonstrierte, kann sich nur wundern, wie wenig an Widerstand heute die viel weiter

gehenden Polizeiaufgabengesetze auslösen und wie Polizeiübergriffe hingenommen werden. Die Repressionen nehmen gerade in letzter Zeit zu – doch wer regt sich noch darüber auf?

Auch die weltpolitische Situation ist äußerst ungünstig für linke Politik: Kuba und Venezuela im Würgegriff der USA und deren Satrapen, Kriegsgefahr um den Iran, die türkische Aggression gegen die Kurden in Syrien - der Vordere Orient ist ein Hexenkessel. Was kommt noch von einem Präsidenten Trump, der mit Irrationalität und purem Eigeninteresse über Krieg und Frieden entscheidet? Soviel Unberechenbarkeit war selten. So ist es nicht mehr unmöglich, dass sich die Welt und unser Leben über Nacht ändert – durch neue Kriege – schlimmstenfalls mit Massenvernichtungswaffen. Es ist nicht unmöglich, dass bei einem solchen Konflikt an Deutschland die Bündnisfrage gestellt wird. Das könnte dann für die Partei Die Linke zur Existenzkrise werden.

Innenpolitisch ist nach den Wahlen einiges in Bewegung geraten. Durch den Absturz der SPD kann es sein, dass die Große Koalition auseinanderbricht. Neuwahlen und eine Koalition von Union und Grünen wären wahrscheinlich. Schwer abzuschätzen, was das bezüglich des Spielraums für Linke bedeutet. Das andere ist der weitere Aufstieg der AfD, was festere Strukturen für den Rechtsradikalismus bedeutet. Besonders im Osten Deutschlands hat sich die AfD nun verankert. Ihr extremer Flügel greift immer mehr zur offenen Gewalt, bis zum Mord. Waren bisher hauptsächlich Linke und Migranten die Opfer, sind es nun auch vermehrt Persönlichkeiten des Staatsapparates und Juden. Das ging ja nun den Herrschenden doch zu weit, die die Rechtsextremisten als Drohpotential gegen alles Linke benutzen könnten, wenn sich die Situation zuspitzt. Nicht undenkbar, dass nun mit schärferen Gesetzen gleichzeitig der Spielraum der Linken noch mehr beschnitten wird.

Die Abwehr staatlicher Repression und rechtsradikaler Gewalt bedarf nun von linken Gruppen einer noch größeren Koordination.

Wir haben immer betont, dass das Weiterbestehen und Anwachs-

sen marxistischer Gruppen vom Aufkommen sozialer Bewegungen abhängig ist, bei denen die Möglichkeiten bestehen, sich über die Einpunktanliegen hinaus zu entwickeln. Auch in Deutschland ist nun eine Bewegung zur Eindämmung der Klimakatastrophe entstanden. Sie wurde von Schülerinnen und Schülern inszeniert und wird nun auch von Erwachsenen mitgetragen. Auch die Parteien und Regierungen haben – wenn auch unzureichend – reagiert, die Grünen haben vorerst davon profitiert. Das „Bekämpfungsprogramm“ der Großen Koalition verursacht Kosten, deren Bezahlung zu sozialen Auseinandersetzungen führen könnte. Doch bis zur Systemfrage werden wohl die wenigsten Demonstranten vordringen. Wir sollten diesen Wenigen zumindest theoretisch unseren bescheidenen Beistand anbieten.

Nun zur Gruppenarbeit selbst. Bei der Kleinheit der Gruppe bleibt unsere Quartalszeitschrift, die „Arbeiterstimme“, weiterhin das wichtigste Propagandamittel, gezielt innerhalb der Linken und in geringem Maß bei anderen Interessierten. Im Berichtszeitraum bei einer Auflage von ca. 1.900 Stück konnten wieder vier Nummern unterschiedlichen Umfangs erstellt werden. Es gab weiterhin rege Mitarbeit von Autoren des inneren und äußeren Kreises. Manchmal gab es Kritik über Inhalt und Umfang eingereichter Artikel, manchmal auch Lob. Doch die breitere Reaktion kam indirekt über den Kontoauszug, wo ersichtlich wurde, dass fast alle Zahlungen weit über der Abogebühr lagen.

Unsere beiden jährlichen Veranstaltungen waren wieder ein Erfolg: die Jahreskonferenz in Nürnberg und Mitte des Jahres unser politisches Seminar in München. Wir freuen uns über die weiterhin gute Zusammenarbeit mit der Gruppe International Dorfen; auch mit der Gruppe Arbeiterpolitik, aus deren Zeitschrift „Arpo“, wir mehrere Artikel übernommen haben. An der linken Literaturmesse werden wir uns wieder beteiligen.

Sowohl für unsere Gruppe wie für andere linke Gruppen hat sich in diesem Jahr kein Aufschwung ergeben. In Gegenteil: Kein Zuwachs bei der Jugend, die älteren Akti-

ven werden noch älter, fast in der ganzen Welt findet der politische Niedergang der Linken seinen Fortgang. Die politische Szene, auch in Deutschland, wird nun vom Thema Klimakatastrophe oberflächlich überlagert. Unsere Gruppe hat zudem zwei andere negative Entwicklungen zu bewältigen. Zum einen sind wir in einer angespannten Finanzlage, die uns zukünftig begleiten wird.

Auf die Artikel aus Prag über die Politik in der CR müssen wir in Zukunft verzichten. In hohem Alter ist Stepan Steiger dort verstorben.

Wir haben schon in der Vergangenheit unter schwierigen Verhältnissen und Turbulenzen unseren Gruppenauftrag erfüllt und ich vertraue darauf, dass wir es weiterhin schaffen.

Denn was uns alle eint und uns trotzdem am Ziel festhalten lässt, ist dessen Notwendigkeit – mehr denn je!

Anzeige

August Thalheimer:

## Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

# Noch kein Brexit – dafür Parlamentswahlen

**B**oris Johnson hat mit der EU ein Brexit-Abkommen ausgehandelt, das die Financial Times als „außerordentlich harte Form des Brexit“ bezeichnet, als ein „Freihandelsabkommen wie das der EU mit Kanada ... mit Großbritannien außerhalb des Gemeinsamen Marktes und der Zollunion. Frühere Versprechen zur Zusammenarbeit der Behörden und bei der Sicherheit sind verwässert worden.“ Um die Wiederkehr einer Grenze zwischen Nordirland und der Irischen Republik zu verhindern, bleibt Nordirland ökonomisch Teil der EU mit einer Seegrenze zwischen diesem und dem Vereinigten Königreich. Johnson legte dieses Abkommen dem Parlament vor, das es annahm; er gewährte ihm aber nur drei Tage, um darüber zu diskutieren und Änderungsvorschläge zu machen. Dies war für die Labour Party inakzeptabel, da sie jede Schwächung von Rechten am Arbeitsplatz verhindern will, ebenso von Standards bezüglich von Lebensmitteln und Abmachungen mit den USA, welche die Einfuhr von Nahrungsmitteln erlauben würde, die nicht EU-Vorschriften entsprechen, wie auch den Zugang von Arzneimittelherstellern und anderer Firmen aus den USA zum Nationalen Gesundheitsdienst. Daher setzte Johnson allgemeine Parlamentswahlen für den 12. Dezember an. Inzwischen hat die EU die Mitgliedschaft von Großbritannien bis zum 31. Januar 2020 verlängert.

So ist also dreieinhalb Jahre, nachdem eine Mehrheit in einer Abstimmung dafür stimmte, die EU zu verlassen, Großbritannien immer noch deren Mitglied. Der Ärger ist groß, dass der Wille des Volkes durch eine Mehrheit im Parlament blockiert worden ist. Damals wurde gesagt, „wir werden das Ergebnis respektieren“, aber stattdessen hat eine Mehrheit im Parlament sich entschieden, dieses zu revidieren. Die Kampagne von „The Peoples Vote“ gab vor, eine Abstimmung über die Abmachung mit der EU zu wollen, da das Referendum

nur die Wahl zwischen „in or out“ [d.h. zwischen Austritt und Verbleib] gelassen hatte, aber in Wirklichkeit wollte sie die Entscheidung umkehren, wie sie jetzt auch zugegeben hat/haben. Die Liberaldemokraten, die Partei, die am meisten für die EU ist, schlagen nun vor, nur die Mitteilung über den Austritt aus der EU – Artikel 50 – ohne jegliche „Volksabstimmung“ zurückzuziehen. Die alte Liberale Partei brach in den 1930er Jahren in drei Teile auseinander. Mit dem Sieg der Labour Party 1945 wurde sie zu einer kleinen Zentrumsparterie in ständigem Niedergang; ihre radikalen Elemente schlossen sich Labour an. Von Zeit zu Zeit lebt sie als Protestpartei wieder auf, aber in Wirklichkeit ist sie das „B-Team der Tories“. Sie hilft dieser, ihre Drecksarbeit seit der Finanzkrise von 2008 zu erledigen mit der Förderung der Privatisierung, der Einschnitte im Sozialsystem und dem Sparkurs. Sie wurde durch rechte Überläufer von Labour verstärkt und durch Brexitgegner von den Tories. Bei der Europawahl schnitt sie gut ab. Sie erwartet das für den 12. Dezember wieder, indem sie Stimmen gegen den Brexit anzieht.

In Wales, das für einen Austritt stimmte, ist Plaid Cymru gegen den Brexit und spricht jetzt von Unabhängigkeit. Auch die Grünen sind gegen den Brexit; die drei Anti-Brexit-Parteien könnten lokale Vereinbarungen treffen, um einen Kandidaten zu unterstützen. In Schottland ist die SNP, die an der Regierung ist, gegen den Brexit; sie strebt ein neues Unabhängigkeitsreferendum an.

In Nordirland ist eine Mehrheit gegen den Brexit. Johnsons Verrat an seinen Verbündeten, den Unionisten, stärkt den Wunsch nach einem vereinigten Irland. Ein Brexit könnte also zu einem Zerfall des Vereinigten Königreichs führen.

Die Brexit Party hat beschlossen, Kandidaten für die Wahlen aufzustellen, da sie Johnsons Deal als „Brexit nur dem Namen nach“ empfindet. Sie wird den Tories Stimmen abnehmen,

die versprechen, riesige Geldsummen auszugeben in Bereichen, wo sie in den letzten neun Jahren überall, wo sie konnten, alles bis zu einem extremen Level zusammengestrichen haben. Die Attacken auf Corbyn wegen seines Internationalismus und Sozialismus haben begonnen; Johnson verglich dessen Angriffe auf die Superreichen mit Stalins Liquidierung der Kulaken. Es wird noch viel schlimmer werden.

Labour wurde gedrängt, von seiner Position, „das Ergebnis des Referendums zu respektieren“, abzurücken. Hauptsächlich waren es die Gegner Corbys von der Mehrheit im Parlament, aber auch einige Linke um ihn herum aus dem vermuteten Schattenkabinett. Die Medien haben über die Degradierung von einigen von Corbys engsten Beratern berichtet. Karié Murphy, die für den Brexit ist, wurde aus ihrem Amt entfernt und ins Hauptquartier von Labour befördert. Die Financial Times vom 9.10.19 nennt John McDonnell und Diane Abbott als Schlüsselfiguren hinter diesen Geschehnissen. Vor einigen Wochen sprachen die Medien über einen Coup gegen Corbyn, an dessen Spitze McDonnell stehe.

Ich hatte bemerkt, dass McDonnell über ein weiteres Referendum sprach. Er entschuldigte sich ständig für die erfundenen Behauptungen über Antisemitismus in der Partei. Er klärte nicht darüber auf, dass wirklicher Antisemitismus bei weniger als einem Prozent der Mitglieder von Labour zu finden ist. Der Rest ist Antizionismus und Kritik an Israel wegen seiner Behandlung der palästinensischen Bevölkerung. Die Medien tischen die unerhörtesten Lügen der Israel-Lobby unter den Labour-Abgeordneten auf. Pete Wilsman wurde vom Exekutivkomitee von Labour suspendiert, weil er einem israelisch-amerikanischen Journalisten erzählte, dass ein israelischer Agent die Partei infiltriert hatte. Der Journalist spielte eine Tonaufnahme davon den Medien zu. Chris Williamson, der Labour-Abgeordnete für Derby Nord, wurde suspendiert, weil er bei einer öffentlichen Veranstaltung sagte, Labour habe sich zu sehr entschuldigt; die Partei sei äußerst erfolgreich bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Als Vorsitzender des Stadtrats von Derby hatte er einen Holocaust-Gedenktag

ins Leben gerufen; er hatte in den 1970er Jahren körperlich gegen die Faschisten gekämpft. Die Beispiele von fabrizierten Geschichten sind endlos, Corbyn selbst ist ein regelmäßiges Ziel davon.

Das Wahlmanifest von Labour sieht Steuererhöhungen für die Reichen vor, Investitionen in die Infrastruktur von Großbritannien, die Nationalisierung von Eisenbahn, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, einen Mindestlohn von 10 Pfund in der Stunde, eine 4-Tage- und 32-Stunden-Woche, das Einkassieren von Thatchers Anti-Gewerkschaftsgesetzen, allerlei Verbesserungen im Gesundheitssystem und bei der Hilfe für ältere Menschen, Häuser zu bauen, um das Problem anzugehen, dass Menschen im Freien übernachten müssen, einen Wandel hin zu erneuerbaren Energien und Anderes. Bezüglich des Brexit bietet Labour jetzt an, dass die Partei ein neues Abkommen mit der EU aushandeln werde und dieses dann in einem Referendum zur Wahl stellen würde mit der Alternative, in der EU zu bleiben. Die EU hat das schon ausgeschlossen! (Labour wollte immer in der Zollunion bleiben und eine enge Bindung an den Gemeinsamen Markt.) Dieser bizarre Rückzug wird große Probleme für die Partei in den traditionellen Hochburgen von Labour im Norden von England und in den Midlands zur Folge haben, die massiv für einen Austritt gestimmt haben. Die Tories haben sich schon auf Nordwest-England konzentriert, da sie hoffen, dort Labour Sitze abnehmen zu können.

Mit diesem Bild der Lage ist es schwierig, irgendeine Voraussage zu machen, wie die Wahlen ausgehen werden. Das Ergebnis könnte sein, dass keine Partei eine Mehrheit hat und eine ähnlich chaotische Situation wie die letzten zwei Jahre entsteht. Es könnte ebenso zu einer Krise in der Labour Party führen, genau wie wir in den letzten Monaten gesehen haben, dass die Tories ihre gemäßigten Elemente verloren haben und zu einer rechten nationalistischen Partei geworden sind. Und mit steigenden Wünschen nach Unabhängigkeit für die nicht-englischen Nationen werden wir in einer ganz neuen Situation sein.

m.j., 6.11.2019

# „Laut zu sagen, was ist ...“ Für eine Linkspartei, die diesen Namen verdient – Mit einem Blick nach Sachsen – Elf Thesen

## Statt einer Vorbemerkung:

*„Ihren Ursprung hat die Malaise der Linken aber darin, dass sie die Imagination einer anderen, einer besseren Welt verloren und den Willen, sie zu erreichen, aufgegeben hat. Die Linke hat das neoliberale Mantra, dass es keine Alternative zum globalen Kapitalismus gebe, im Grundsatz verinnerlicht. Deshalb ist sie keine Kraft der Zukunft, keine Treiberin des Fortschritts, keine Energiequelle von Reformanstrengungen mehr. Sie hat kein eigenes Narrativ einer Gesellschaft jenseits von universeller Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum, Umweltzerstörung, der Auflösung lokaler Gemeinschaften, in der jede Pore des Lebens zur Ware gemacht wird. Die Linke ist nur noch auf dem Papier, in den Grundsatzprogrammen, antikapitalistisch oder sozialistisch. Sie denkt nicht mehr in gesellschaftlichen Antagonismen.“*

*Prof. Dr. Oliver Nachtwey (DIE ZEIT, Nr. 6/2018, 1. Februar 2018.)*

## These 1: DIE LINKE ist in einer existenziellen Krise.

Mit den Wahlen vom 1. September ist ihre Zukunft als bundesweite Partei in Frage gestellt. Sie ist seit Jahren auf Anpassungskurs und dabei, sich als kämpferische sozialistische Partei zu verabschieden.

In Ostdeutschland wird sie vermutlich zur 10-Prozent-Partei. Bundesweit nähert sie sich der Fünf-Prozent-Hürde. In den Wahlgruppen der Arbeiter, der Arbeitslosen und Prekarierten überhaupt, ist die Wählerschaft der rechten und (prä)faschistischen Kräfte inzwischen mehrfach stärker. Die Lage ist insofern dramatischer als 2002, als die PDS mit vier Prozent die Bundestagswahlen verlor. Dazu kommt, dass der Niedergang der Linken in einer Situation stattfindet, in der eine große

Wirtschaftskrise mit neuen Angriffen auf den Sozialstaat droht.

Die Partei hat sich schneller geändert, als sie die Gesellschaft verändern konnte. Sie ist den anderen Parteien immer ähnlicher geworden. Als Stimme des politischen Protestes gegen den Kapitalismus, seine sozialen Grausamkeiten und seine Kriegspolitik, wird sie von der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen.

## These 2: Die LINKE ist in einer Glaubwürdigkeitskrise.

Als kämpferische sozialistische Partei ist DIE LINKE acht Jahre nach der Verabschiedung des Erfurter Grundsatzprogramms kaum noch zu erkennen. Hinsichtlich ihrer Gesellschaftsstrategie hat sie ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Systemfrage stellt sie nicht mehr. Ihre Handlungsorientierung für eine andere Gesellschaft ist farb- und konturenlos geworden: „Die Kritik der politischen Herrschaft war lange ein zentrales Motiv der Linken. Aber nun lebt sie ganz gut mit und vom System.“ (Oliver Nachtwey).

Ihr Erscheinungsbild ist das einer Partei „pseudoprofessioneller Langleweiligkeit und grünlinker Attitüden“ (Alttestenrat), einer Partei des Establishments. Die meisten Eckpunkte bundesdeutscher Staatsräson (u. a. Schuldenbremse, Sozialpartnerschaft, Totalitarismusideologie, Verklärung der parlamentarischen Demokratie, Kriminalisierung der DDR) akzeptiert sie vollständig oder teilweise. Immer wieder hat DIE LINKE versprochen, mit ihr als Regierungspartei würde es einen politischen Richtungswechsel geben. Weder in Brandenburg und Berlin noch in Thüringen hat im Osten ein solcher Wechsel stattgefunden. Es besteht die Gefahr, dass

**„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das, laut zu sagen, was ist.“**

Rosa Luxemburg 1906  
(Gesammelte Schriften.  
Bd. 2. S. 36.)

DIE LINKE mit ihrem Eintritt in die Bremer Landesregierung auch im Westen ihre Glaubwürdigkeit immer mehr verliert.

### **These 3: DIE LINKE hat eine Führungskrise.**

Eine Partei, die permanent Wahlen verzeigt, dafür nicht die Verantwortung übernimmt, darüber nicht einmal kritisch diskutiert und ihre bekannteste Politikerin mit Gespür für harte Oppositionspolitik und für die Mobilisierung von Widerstand gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik aus Spitzenpositionen verdrängt, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt.

Die beiden Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben 2014 die Diffamierung der DDR als Unrechtsstaat ebenso hingenommen wie 2019 die Zustimmung der LINKEN in Brandenburg zum Polizeigesetz mit neuen autoritären Regelungen. Sie haben die Entwicklung der LINKEN zur „Bewegungspartei“ deklariert, aber eine Zusammenarbeit mit den für linke Politik hoffnungsvollen Basisinitiativen abgelehnt. Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass in den verschiedenen Wahlkämpfen der letzten Jahre auf Bundes- und Landesebene eine kämpferische Wahlstrategie weitgehend fehlte.

### **These 4: Die Partei hat sich im Illusionstheater des „täuschenden Scheins“ (Karl Marx) eingerichtet.**

Die LINKE folgt der offiziellen Propaganda von den Wahlen als Vergabe von „Macht auf Zeit“. Sie wechselt permanent die Machtfrage mit der Regierungsfrage. Gepflegt werden die Trugbilder vom „linken Lager“ und der „politischen Gestaltung in Regierungsverantwortung“. Ihre politische Handlungsorientierung folgt damit Wunschvorstellungen, die unweigerlich in die Sackgasse der Anpassung führen.

Den Klassencharakter der politisch-staatlichen Institutionen thematisiert die Partei in völlig unzureichender Weise. Ohne aber die Klassenfunktion des parlamentarischen Regierungssystems als Integrationsfalle für systemoppositionelle Parteien zu erkennen (und dem entgegen zu steuern), ist jedoch auf Dauer eine Immunisierung einer sozialistischen Partei gegen Anpassung unmöglich. Die politische Zähmung der LINKEN in den letzten Jahren belegt erneut die enorme Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems.

Es ist wie in der altgriechischen Legende von Sisyphos: Engagierte Linke rollten 2004 ff. im Kampf gegen die Agenda 2010 den Stein einer systemoppositionellen Partei den Berg hinauf. Er rollt mittlerweile wieder zurück. Ein Parteikonzept, das dies verhindert, ist nicht in Sicht.



### **These 5: Strukturelle Hauptursache der Anpassung der LINKEN ist die Herausbildung einer parteieigenen Sozialschicht.**

In der LINKEN wiederholen sich politische Trends und programmatische Entwicklungen, die wir aus den Parteiengeschichten der SPD, der Grünen und der PDS zur Genüge kennen. Sie erklären auch die mangelnde Bereitschaft der Führung der Linkspartei, eine taugliche Debatte über eine Revitalisierung der LINKEN als kämpferische linke Partei zu führen.

Zunächst haben Lenin, Rosa Luxemburg und Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in den 1950er und 1960er Jahren dann Johan-

nes Agnoli und Wolfgang Abendroth, die Ursachen von Anpassungsprozessen linker Parteien in der Herausbildung bürokratischer Strukturen erkannt. Wolfgang Abendroth schrieb, dass sich auch in einer sozialistischen Partei eine „Sozialschicht“ herausbildet, die von der Partei lebt und an „der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert ist“. Diese agiert „konservativ im Rahmen dieser Aufgabe ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können.“ Sie verliert damit unweigerlich an „politischer Intelligenz“ und entfernt sich zugleich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgibt.

Die Sozialschicht, die von der Partei lebt, ist in der LINKEN und ihrer parteieigenen Stiftung mit ca. 2300 Personen heute bedeutend größer als zu Zeiten der PDS (ca. 1000). DIE LINKE hat gegenüber der PDS ebenfalls signifikant bei den Einnahmen aus der Staatskasse zugelegt. Sie ist durch die existenzielle Abhängigkeit von pekuniären Zuschüssen und dem Angebot vielfältiger Karrieremöglichkeiten faktisch in eine verstaatlichte, systemkonforme Oppositionspartei verwandelt worden.

### **These 6: Die Entwicklung einer linken Partei von einer Oppositions- zu einer Regierungspartei macht in der Regel ihre Anpassung unumkehrbar.**

Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass sich nach der Parlamentsfixiertheit die Regierungsfixiertheit in der LINKEN durchgesetzt hat. Auch auf der Bundesebene soll „rot-rot-grün“ 2021 oder später die Rettung der Partei bringen. Mit ihrer Regierungskuschelei hat die Partei in weiten Teilen die Fähigkeit eingebüßt, überhaupt noch die richtigen Fragen zu stellen und Themen zu setzen, mit

denen sie durchdringt und öffentlich wahrgenommen wird.

Die grundsätzliche Kritik von Rosa Luxemburg an der Regierungsbeteiligung von Sozialisten ist bis heute aktuell geblieben: Erstens: Ein Sozialist als Mitglied der Regierung „reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Fall auf bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik“. Zweitens: Der „Eintritt von Sozialisten in bürgerliche Regierungen (erscheint) als ein Experiment, das nur zum Schaden des Klassenkampfes ausfallen kann“. Drittens: Es kann in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft „Augenblicke geben“, wo „ihr Anteil an der bürgerlichen Regierung aber als notwendig erschiene, namentlich, wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik handelt“. (Gesammelte Werke. Bd. 1.1. S. 485/486.)

Die Erfahrungen der PDS und der LINKEN haben erneut deutlich gemacht, dass linke Regierungsbeteiligungen keine politische Wende befördern, dafür aber den Anpassungsdruck auf die Partei erhöhen und die Interessen von linken Parteipolitikern mit denen der herrschenden politischen Eliten „koppeln“ (Johannes Agnoli).

### **These 7: In Deutschland und in den meisten Regionen der Welt haben wir es mit einer objektiven Orientierungs- und Gestaltungskrise linker Politik zu tun.**

Diese Krise hat vor allen zwei Ursachen: Wir leben heute in einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Klaus Dörre). Und wir haben es mit einer „relativ stabilen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals“ (Frank Deppe) zu tun.

Die Offensive und Hegemonie des Neoliberalismus (als Ausdruck vor allem einer sich verschärfenden Krise der Kapitalverwertung) haben den globalen Kapitalismus in eine multiple politische Krise gestürzt. Linke Politik und linke Parteien konnten aber daraus bisher zumeist keinen Nutzen ziehen (Ausnahme ist die marxistische Partei von der Arbeit in Belgien). Ganz im Gegenteil: Die Linken zeichnet sich weltweit hauptsächlich durch „Zerfall und Konfusi-

on“ (Domenico Losurdo) aus. Zum Teil folgen sie selbst Leitbildern des Neoliberalismus.

Das erleichtert es rechten Kräften enorm, sich als vermeintliche Alternative zum Kapitalismus darzustellen und von der Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung zu profitieren. Die Gefahr rechter und (prä)faschistischer Massenbewegungen als Herrschaftsoption des autoritären Kapitalismus nimmt an Wahrscheinlichkeit zu, gerade auch, wenn es zum Ausbruch der drohenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kommen sollte.

### **These 8: Die wichtigste Aufgabe aller Linken besteht darin, die Klassenmachtverhältnisse durch eine Gegenmachtstrategie zu Gunsten der subalternen Klassen zu verändern.**

Eine derartige Strategie verlangt den Aufbau von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht.

Politische Gestaltung von links hat nur eine Chance auf Erfolg, wenn sie durch Mobilisierung im Kampf für soziale Verbesserungen und eine friedliche Außenpolitik erreicht, dass die arbeitenden Klassen selbst die politische Bühne betreten. Dabei gehört es zu einer realistischen Sicht auf die derzeitigen Klassenkräfteverhältnisse, dass es ohne die gesellschaftliche Kraft eines revolutionären Durchbruchs (wie z. B. 1918 bei der Novemberrevolution) weder einen wirklichen politischen Richtungswechsel noch die Öffnung des Weges für einen neuen Sozialismus geben wird.

Die Aufgabe einer linken Partei muss es sein, an erster Stelle Politik für die subalternen Klassen sowie mit allen anderen Schichten zu machen, die täglich um ihr Überleben oder ihren wenigen Wohlstand hart zu kämpfen haben. Für diese Priorität in den Metropolen zu werben und die urbane Mittelschicht als hilfreiche Bündnispartner zu gewinnen, ist Voraussetzung, um geistig-kulturelle Gegenmacht zu erringen. Dabei ist die Funktion als Kümmererpartei unverzichtbar.

### **These 9: Teil der Strategiedebatte muss die Beantwortung der Frage sein, was für eine Partei**

### **die Lohnarbeiterklasse im 21. Jahrhundert braucht.**

Angesichts der stabilen Kapitalherrschaft brauchen die Lohnabhängigen und weiter abhängig Arbeitenden eine linke marxistische Partei mit Masseneinfluss, eine kämpferische sozialistische Partei. Eine Partei, die diese Bezeichnung wirklich verdient, steht nicht nur in Opposition zu den Regierenden, sondern zum Kapitalismus und der herrschenden Klasse sowie zur Zerstörung von Natur und Umwelt durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung. Sie klagt den USA-Imperialismus und die NATO der Kriegstreiberei gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China an. Sie stellt in den politischen Kämpfen permanent die Eigentums-, Macht- und Systemfrage.

Ergebnis einer linken Strategiedebatte muss gerade auch die Ausarbeitung eines Konzepts „revolutionärer Realpolitik“ (Rosa Luxemburg) sein. Zu den Eckpunkten eines solchen Konzepts zählen die Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Zustände, die Massenmobilisierung für substantielle Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, das Ausschöpfen des demo-

Anzeige

## **Faschismus in Deutschland**



Analysen und Berichte der KPD-  
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von  
der Gruppe Arbeiterpolitik

2. erweiterte Auflage 1981, 296  
Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

kratischen Potentials von Oppositionspolitik, der jeweils spezifische Kampf um soziale und politische Verbesserungen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie nicht zuletzt der Bruch mit der Politik des Brückenschlags zu den Regierenden.

**These 10: In Sachsen weist der linke Flügel der Partei seit Jahren auf hausgemachte Fehlentwicklungen im Landesverband hin. Die Landesspitze lehnt einen parteiöffentlichen Dialog darüber bis heute ab.**

Bereits den Ausgang der Landtagswahlen 2014 nutzte der linke Flügel zu kritischen Reflexionen über den Wahlkampf und den schleichenen Niedergangprozess im Landesverband. Es wurde seinerzeit zugelassen, dass das Oppositionsprofil der sächsischen LINKEN bis hin zur Zustimmung für die Schuldenbremse abgeschwächt statt verstärkt wurde. Wirklichkeitsfremd wurde auf eine rot-rot-grüne Landesregierung orientiert. „Rote Haltelinien“ spielten dabei ebenso wenig eine Rolle wie die Markenzeichen unserer programmatischen Alleinstellungsmerkmale.

Weder im Landesvorstand noch in der Fraktion wurde ernsthaft über diese Fehlentwicklungen diskutiert. Ganz im Gegenteil: Selbstkritik fand nicht statt. Kritiker wurden abgestraft bzw. gezielt ignoriert und der innerparteiliche Pluralismus massiv beschädigt. Der Landesverband hat sich bis heute von diesen Deformationen nicht erholt. Postfeudale Mechanismen der Nachfolgeregelung für Spitzenämter setzten sich durch, eine Personalauswahl nach fachlicher Kompetenz, beruflicher Verankerung in der Gesellschaft und strömungsübergreifender Vielfalt spielte faktisch keine Rolle mehr. Das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag, die Wahl der Landesliste auf der Landesvertreterversammlung am 6. April und die nunmehrige Zusammensetzung der 14köpfigen Landtagsfraktion sprechen dafür Bände.

**These 11: Nach den Wahlen am 26. Mai und dem 1. September ist es für die sächsische LINKE fünf vor 12.**

Das Wahldesaster 2019 war teilweise hausgemacht und begann bereits am 26. Mai mit den Europa- und Kommunalwahlen. Die sächsische LINKE büßte rund ein Drittel ihrer kommunalen Mandate ein. Es wurde spätestens jetzt deutlich: Die Partei hat auch in Sachsen ihren Charakter als erste Adresse des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umwelterstörung verloren. Sie wird in wachsendem Maße mit „denen da oben“ gleichgesetzt.

Zu diesen Entwicklungen trugen eindeutige Fehler im Landtagswahlkampf bei: Das Spitzenpersonal übte sich in Sandkastenspielen und bot wiederholt der Regierungspartei, die für die Machenschaften der Treuhandanstalt, Massenarbeitslosigkeit, Niedriglohnpolitik und vorprogrammierte Massenarmut im Alter mitverantwortlich ist, eine Tolerierung an. Die Wahlplakate waren etwas für Liebhaber von Wortspielen und die vielbeschworene Kampagne im ländlichen Raum brachte nicht die erhofften Resultate, stattdessen waren gerade hier rechte und (prä)faschistische Kräfte auch auf Kosten unserer bisherigen Wählerschaft besonders stark. Es ist offenkundig, dass kulturelle Entfremdungsprozesse der LINKEN gegenüber lohnabhängig Beschäftigten, sozial Benachteiligten und Unterprivilegierten dazu beigetragen haben.

Die Kommentierung zum Wahlausgang durch die Landesspitze ist bislang substanzlos, frei von selbstkritischer Reflexion und wird der Dramatik der Lage in keiner Weise gerecht. Im Interesse des Selbsterhalts spielt man offensichtlich auf Zeit, um inhaltliche und personelle Konsequenzen entweder zu vermeiden oder aber so moderat wie möglich zu halten.

Es ist fünf vor 12 und damit höchste Zeit, dem Landesverband wieder ein konsequent linkes Profil zu verleihen. Wenn die sächsische LINKE jetzt nicht aufwacht und spätestens auf dem Landesparteitag Mitte November 2019 die notwendigen Schlussfolgerungen zieht, wird es zu spät sein.

Volker Külöw und Ekkehard Lieberam,  
14. September 2019

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-  
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 205 Herbst 2019, 28 S.

- Der Konflikt USA-Iran
- Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie
- Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
- Brexit, die letzte?
- Rezensionen:  
Die Wunde, die sich nicht schließt  
Räte in München

### Nr. 204 Sommer 2019, 44 S.

- Die Europäische Union
- Das Scheitern des bolivariischen Projektes
- Blauer Planet im Würgegriff
- Bremen-Wahl
- Österreich: Ibiza und die Folgen
- Die Novemberrevolution 1918
- ...

### Nr. 203 Frühjahr 2019, 36 S.

- Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik
- „Linksruck“ der SPD
- Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie
- Venezuela – US-Statthalter Guaidó
- Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall
- Eine literarisch-politische Skizze über Jack London
- Kohei Saito: Natur gegen Kapital

### Nr. 202 Winter 2018/2019, 36 S.

- Flucht und Migration – I
- Unsere Jahreskonferenz
- Flucht und Migration – II
- Türkei nach der Wahl
- Kann die SPD von Labour unter Corbyn lernen?
- 100 Jahre unvollendete Revolution
- Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

# Die Welt in Bewegung – nur „Unruhen“?



Frankreich im Dezember 2019, Bild:  
Eren Araman/Evrensel

In den letzten Monaten wurden Millionen Menschen politisch aktiv, junge und ältere, aus unterschiedlichen Motiven, mit neuem Engagement, aber ohne größeren Plan. Sie empfinden den bisherigen sozialen und politischen Zustand als untragbar und als Hindernis für eine bessere Zukunft. Sie haben meist kein Strategie und keine Ideologie, die sie eint. Bleibt es dabei, so wäre es ein erster größerer Anlauf, der selten direkt zum Ziel führt. Entscheidend ist auch, wie die jeweiligen Machthaber darauf reagieren und wie die vorerst noch passiv gebliebene Mehrheit der Bevölkerung. Die herrschenden Klassen treten nicht freiwillig ab und werden vor Gewalt gegen die Widerspenstigen nicht zurückschrecken. Nur durch oft bittere Erfahrung und im Kampf kann neues Klassenbewusstsein entstehen und durch Organisierung kann sich Kraft entfalten. Wie weit die Bewegungen etwas bezwecken können, hängt immer weniger nur vom Geschehen im eigenen Land ab. Das unterliegt auch der internationalen imperialistischen Machtpolitik vor allem durch die USA mit ihren Blockaden und Sanktionen.

Die andere Art von Bewegung, die gegen die Klimakatastrophe, hat den Hauptaspekt, dass ihre Stärke oder Schwäche von den Naturereignissen wesentlich mitbestimmt wird. Ein neuer Dürresommer überzeugt vor allem Jugendlich mehr als viele Seiten Papier. Auch die Konsequenzen aus ihren ökologischen Einstellungen sind verschieden und widersprüch-

lich. Sie müssen Stückwerk bleiben, da mit dem Weiterbestehen des kapitalistischen Systems eine grundlegende Bekämpfung der Klimaerwärmung nicht wirklich möglich ist.

Was die Brisanz der weltweiten Unruhen ausmacht, so sind das für große Volksschichten die drückenden Einengungen ihrer Lebensmöglichkeiten und die Verschlechterung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems in Form von wirtschaftlichem Niedergang, Inflation und politischem Strukturverfall erfassen nun weltweit immer mehr Länder. Vor allem „unterentwickelte“ Länder, aber auch entwickelte Industriestaaten sind betroffen. Nur wenige Staaten wie z.B. Deutschland sind noch kaum davon erfasst, doch die Herrschenden versuchen schon seit Längerem, die Schotten dicht zu machen. Die herrschenden Klassen und die Interessenverbände versuchen, die Folgen der Krisen und der Maßnahmen gegen die ökologische Bedrohung auf die Volksmassen abzuwälzen. Das Ende der wirtschaftlichen Aufstiegsphase äußert sich auch in einer gefährlichen Zunahme von weltweiter Konfrontationspolitik, (besonders gegen China; Trump) zwischen den Staaten, durch wirtschaftliche (Handelskriege, Blockaden) und militärische Gewalt. Die seit einiger Zeit beschleunigte Rüstungsspirale ist nicht nur ein Spiel mit dem Feuer, sondern kostet auch Unsummen von Geld, das woanders dringend nötig wäre. Kriegs- und Rüstungskosten drücken den Lebensstandard der

Massen. Dazu kommt in vielen Ländern die krasse Zunahme der Kluft zwischen reich und arm, die zum gesellschaftlichen Sprengstoff wird.

Was lange gäerte und in manchen Ländern zu Protesten und Demonstrationen führte, ist weiter aufgebrochen. In einer Häufigkeit wie lange nicht mehr zuvor werden Streiks zu politischen Streiks, zu Massendemonstrationen oder gar zu Aufständen, wie etwa in Chile.

Die politische Bedeutung dieser weltumfassenden Unruhen wird klarer, wenn man sich die Menge der betroffenen Länder vor Augen führt, in denen die Menschen sich gegen Verarmung, Korruption, Repression und politische Willkür ihrer Regierungen und gegen die ungerechten Besitzverhältnisse wenden.

Alein in Afrika gehören 22 Staaten dazu, darunter Algerien, Sudan, Guinea. Auch in Ägypten brodelt es weiter; im Libanon stehen sich die alten Fronten gegenüber. In Hongkong dominiert die Gewalt. Im Iran treiben die Folgen der US-Sanktionen die Menschen zum Protest. Besonders heimgesucht von der Wirtschaftsrezession ist Lateinamerika mit Inflation, Schuldenkrisen und Arbeitslosigkeit: Argentinien kurz vor dem Bankrott, Haiti im Elend, Unruhen in Kolumbien und Ecuador. Am brisantesten ist die Lage in Chile und Bolivien. Aber auch in Frankreich gibt es den anhaltenden Widerstand der „Gelbwesten“ und Generalstreik, der in Deutschland verboten ist. In Großbritannien versteckt sich, besonders bei der ärmeren Bevölkerung, hinter der Brexit-Parole allgemeine Unzufriedenheit und Ablehnung des Establishments. Vom Balkan gar nicht zu reden.

Wohin die einzelnen Bewegungen treiben, nach links oder rechts oder ob sie wieder zusammenfallen, kann man noch nicht vorhersagen. Bei der bestehenden Bewusstseinslage und dem Kräfteverhältnis in der Welt dürfte es mit Schritten nach vorne schwierig werden. Rückschläge sind nicht ausgeschlossen.

Doch – jede Veränderung bedarf der Bewegung!

# Leserzuschrift:

## Unmaßgebliche Äußerungen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung

„Windows“ oder Fenster- „Klimaschutz“ und „Klimapolitik“ gibt es nur gerecht organisiert.

Indirekte Steuern sind ihrem Wesen nach unsozial und schon gar kein Mittel des „Klimaschutzes“ bzw. einer progressiven Klimapolitik:

„Der einzig sichere Weg, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, ist es, die Menschen arm zu machen.“ (*Handelsblatt*, Freitag, 6.09.2019, S. 18 – Interviewäußerung des dänischen Wissenschaftlers Bjorn Lomborg)

Die weitere Nachfrage im Interview bringt es dann an den Tag: „Auf kurze Sicht ist es am effizientesten, eine CO<sub>2</sub>-Steuer zu erheben.“ Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung und auch der CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel werden im *Handelsblatt* als „kurzfristige“ „marktwirtschaftliche Methode“(!) gepriesen.

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer belastet als Massensteuer ca. die Hälfte der (armen) Bevölkerung der BRD außerordentlich, unmittelbar und täglich; erst im Nachhinein soll es 100 € jährlich pro Person nach dem Gießkannenprinzip (vage in einzelnen Vorschlägen formuliert: nach dem Schweizer-Modell), eine Erstattung der CO<sub>2</sub>-Steuer (angeblich „aufkommensneutral“) geben. Den Armen wird täglich genommen von (Transfer-)Leistungen, die gerade das Überleben sichern helfen. Unklar und undiskutiert ist zudem, ob die Rückgewähr im Nachhinein nicht bei Beziehern von Transferleistungen auf die Hilfesätze angerechnet wird (z.B. bei Hartz-IV-Beziehern).

„Indirekte Steuern“ (Verbrauchssteuern bzw. die verbrauchsteuerähnliche Verkehrssteuer „Umsatzsteuer“) besteuern die Waren- und Dienstleistungsbezüge der „Armen“ vergleichsweise höher, weil diese ihr gesamtes Haushaltseinkommen für den täglichen Unterhalt und die Wohnung verausgaben müssen (Energie/Strom, Heizkosten, Lebensmittel, Kleidung etc.). So fordert die SPD in ihrem „Heidelberger Programm“ aus dem Jahre 1925 deshalb die Abschaffung der Umsatzsteuer. Mit der Einführung einer weiteren un-

sozialen Verbrauchsteuer wird das Steuersystem insgesamt weiter hin zu den „indirekten“ Massen-Steuern umgebaut – nach wie vor bleiben große Vermögen und Einkommen (insbesondere die der Kapitalgesellschaften) unversteuert oder niedrig besteuert. Die sozialstaatlich erhobenen, ausgebauten gerechteren „direkten“ Ertragsteuern ermöglichen die vernünftigen und sozialökologisch orientierten innovativen Ausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden).

Die „soziale Frage“ bleibt bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung weitestgehend ausgeblendet: Eine Anfrage der „Linken“ brachte es an den Tag: Ca. 8,6 Millionen Rentner erhalten eine Rente von weniger als 800 € monatlich. 7,6 Millionen Menschen leben im Hartz-IV-Bezug (SGB 12, SGB 2+ Altersgrundsicherung, ALG 1+ II) etc. bei etwa 2,5 Millionen offiziellen Arbeitslosen. 19% aller Erwerbstätigen arbeiten im „Niedriglohnsektor“ (in Westdeutschland sind es ca. 16%; in Ostdeutschland ca. 32%). 19% von 40 Millionen bundesdeutschen Erwerbstätigen sind ca. 7,6 Millionen. Die Zahl der Armen ist mühelos auf über 20 Millionen zu schätzen. Das macht eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung als „linke“ Forderung unmöglich.

Das Vermögen und das Einkommen sind „progressiv“ zu besteuern (Artikel 47 der Hessischen Verfassung – so auch in den Kurzfrist-Forderungen des „Kommunistischen Manifestes“). Nur selbst „Erarbeitetes“ soll geschont werden ...

Großkonzerne zahlen keine oder so gut wie keine „direkten“ Ertragsteuern bei einer wirtschaftlichen Gesamtleistung in Deutschland von ca. 60%. Sie sind am Aufkommen der Körperschaftsteuer (ca. 4% des Gesamtsteueraufkommens in der BRD!) eher nur marginal beteiligt. Sie werden gerade nicht entsprechend der sozialstaatlichen Regelung des Grundgesetzes (GG) entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert. Die Beratungs-Industrie (EY, KPMG, PWC, Deloitte und andere (Rechtsanwalts-) Groß-

konzernen (wie Freshfields, Hengeler Müller etc.) schaffen immer neue Rechtskonstrukte, die gemäß § 42 der Abgabenordnung (AO) als greller „Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten“ zu werten und damit nicht statthaft sind. Die Cum Cum/Cum Ex-(Aktien-) Manipulationen sind nur die Spitze des (kriminellen) Eisberges: Bei den Dividenden-Zahlungen werden einmalig 25% Kapitalertragsteuern abgezogen – aber doppelt oder dreifach vom Finanzamt erstattet. Das ist direkte staatliche bzw. staatlich-geduldete „Profitsubvention“ in Höhe von Zig Milliarden €.

„Klimaschutz“ als Anliegen der „Arbeiterbildung“ ist bisher sträflich vernachlässigt worden.

Naturfreunde, Falken, Gewerkschaften, linke Parteien mit ihrer alltäglichen Bildungsarbeit müssen eine „klimafreundliche“ Lebensweiseänderung, Nahrungsverzehr, die Art der Bewegung in diese „einweben“. Das für alle zu erkämpfende „gute Leben“ bei einer 20-Stunden-Woche macht unsinnigen Konsum („Konsumismus“) nicht erstrebenswert. Auch damit kann die CO<sub>2</sub>-Verschmutzung wirksam bekämpft werden. Die unsinnige E-Mobilität wird durch die Großstadt-Verkehrs-Pest der E-Scooter täglich erfahrbar. E-Scooter belasten in den Städten die laufenden Verkehrsteilnehmer zusätzlich und verkommen als Wahnsinnsspielzeug in kürzester Zeit zu Elektroschrott. Selbst auf dem ganzseitigen (!) Deckblatt des *Handelsblattes* vom 6.09.2019 wird großflächig „Der SUV WAHNSINN – Hohe Gewinne – verheerende Öko-Bilanz“ gebrandmarkt!

Verbesserte Technologie und Innovationen als Schlüssel für die Lösung der Klima-Probleme muss in Staatshand. Der Staat plant gemeinwohlorientiert und langfristig (Planungs-Horizonte 20 bis 40 Jahre). Kapitalistische Unternehmen haben den Shareholder und kurzfristigen Profit im Blick (kurzfristige Planungs-Horizonte 2 bis 6 Jahre). Sie produzieren keine ressourcenschonenden, form-schönen und langlebigen Konsum-

und Wirtschaftsgüter und gesunde Lebensmittel für alle; dem Kapitalismus ist die Verschwendung der Ressourcen eingeschrieben (die - im Ende totale Zerstörung der „Springquellen der Natur“). Ergebnis: Nur (staatlich-vergesellschaftete) Investitionen, Investitionslenkung, Vergesellschaftung bringen auch kurzfristig weiter. Staatliche Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsstruktur sind vonnöten (Sozialisierung und Gemeineigentum!).

Was kurzfristig hilft:

Gesetzliche Auflagen und Verbote: Die umweltbelastenden Gifte sind im nationalstaatlichen Rahmen sofort zu verbieten. Verschleiß-Produktion ist gesetzlich untersagt. Plastikverpackungen sind durch „naturnahe unschädliche“ Verpackungen sofort zu ersetzen. Auf deutschen Straßen wird ab 01.01.2021 nur noch ein 3 Liter pro 100 km-Auto (Halbierung der CO<sub>2</sub>-Belastung im Autoverkehr!) zugelassen; das wird gekoppelt mit einem massiven und attraktiven Ausbau des ÖPNV und vor allem der Deutschen Bahn! Glyphosat wird nicht erst 2025 verboten, sondern sofort!

Staatliche sozial-ökologische Investitionen werden ab dem 01.01.2020 durch die wiedererhobene „Vermögensteuer“ finanziert. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer ist ein Projekt der progressiven Kräfte: SPD, Die Linke, Grüne, DGB-Gewerkschaften, Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege, AWO, Diakonie, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband etc.

„Windows“ oder Fenster:

Schwarze Flecken der Klimabeschädigungs-Diskussion sind die Rüstung als größter Klimakiller; Auswirkungen der zahlreichen aktuellen Kriege in der Welt auf das Weltklima: knapp 2 Billionen € werden jährlich für Rüstung ausgegeben –

Gewerkschaften haben schon immer die Ressourcenverschwendung von Rüstung thematisiert und das Fehlen dieser Geldbeträge zur vernünftigen Lösung vorhandener Sozialprobleme beklagt.

Die Klimafolgen der „Digitalisierung“, des stromaufwändigen, energiefressenden Internets, die weltweite „PC-Schrott-Produktion“ („seltene Erden“, die kriminell und mit verheerender Ökobilanz hergestellt werden ... ) durch „technische“ Veralterung; die energieaufwändige Schaffung von „Bitcoins“ (die mit riesigem Strom aufwand „geschürft“ werden ...) werden ebenfalls nicht gesellschaftlich diskutiert und nicht zuletzt eines durch „gelben Punkt“ vorfinanzierten Recyclings, das als Mikro-Plastik in den weltweiten Meeren verschwindet und durch die Fische oder Meeresfrüchte sich gesundheitsschädigend in der Nahrungskette der Menschen anreichert und wiederfindet. Klimaschutz ist Menschenschutz – das geht nur gegen die Interessen des großen Kapitals. Auf neue Art ist das weltweit von der Arbeiterbewegung („Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“) aufzunehmen.

Die Linke stemmt sich gegen ihre „Selbstaufgabe“: „Ostdeutschland räumt auf!“ Die marktradikal-menschenfeindliche AfD wird mit einem

aufwändigen ostdeutschen ökosozialen Umbauprogramm in Staatshand, das industrielle Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze (auch für Migranten) schafft, bekämpft!

Industrielle Arbeitsplatzschaffung durch Etablierung einer zukunftsweisenden Entsorgungsindustrie in Ostdeutschland unter der gegen die AfD gewendeten Losung: „Ostdeutschland räumt auf!“ - Daneben werden industrielle Kapazitäten geschaffen, die den (deutschen) PC- und Elektroschrott so verwertet, dass die mit verheerender Ökobilanz gewonnenen „seltene Erden“ und andere Metalle so recycelt werden, dass ein nicht verwertbarer „Schrott“ von vielleicht 5% übrig bleibt. Diese in Ostdeutschland zu etablierenden Industrien werden über die wieder erhobene Vermögensteuer und die Milliarden der in die Steuerpflicht zurückgeführten Großkonzerne finanziert. In den Unternehmenssatzungen der neuen (ostdeutschen) Industriebetriebe wird verpflichtend aufgenommen, dass bei Profitabilität eine Privatisierung ausgeschlossen ist. Die Umsetzungsstrategie ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Linken! Trennendes wird zurückgestellt!

Thomas Ewa1d-Wehner,  
Nidderau, im September 19

Anzeige

**ROTE HILFE e.V.**  
**Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**  
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

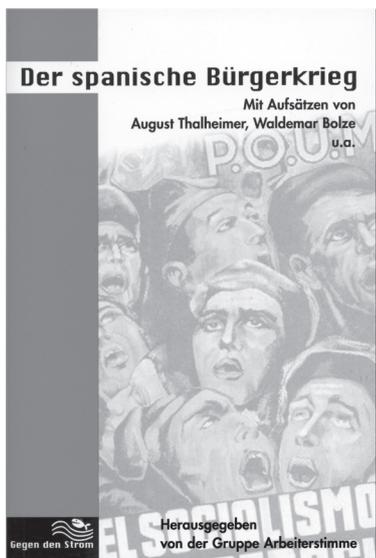
**Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.**  
**Sparkasse Göttingen**  
**IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39**  
**BIC: NOLADE21GOE**

**Schwerpunkt 4/2019: Gegenwart und Zukunft der Roten Hilfe e.V.**

**DIE ROTE HILFE**  
 erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen**

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern,“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs  
 zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I  
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
 ISBN 3-9809970-4-9**

Jens Becker

## Heinrich Brandler

Eine politische Biographie



**510 Seiten, Paperback,  
 20,- €**  
 ISBN 3-87975-767-4

Theodor Bergmann

## »Gegen den Strom«

Die Geschichte der KPD(Opposition)



**624 Seiten, Paperback,  
 20,- €**  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder:  
 redaktion@arbeiterstimme.org